bonjour tristesse

#12 (Sommer 2011)

Antworten aus der Provinz: Texte für Halle und Umgebung

Editorial

In der letzten Ausgabe der Bonjour Tristesse rief die Redaktion zu einem Wettbewerb auf. Die Leser wurden aufgefordert, Vorschläge für einen neuen Slogan für Sachsen-Anhalt einzusenden. Dem Gewinner winkten ein kühles Pils und eine Bockwurst im Intershop. Von den zahlreichen Einsendungen hier nun die Top Five der Redaktion. Den fünften Platz belegt unser Leser Ralph. Der Vorschlag des Witzbolds aus Halle-Silberhöhe: „Sachsen-Anhalt. Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Mit dem Wunsch nach Flucht begründete Henriette aus dem hallischen Paulusviertel ihren Wahlslogan – „Sachsen-Anhalt. Hopp und weg" –, der ihr den vierten Platz bescherte. Wir drücken die Daumen beim Finden einer schnellen Mitfahrgelegenheit. In Anlehnung an den Thüringer Landesslogan „Thüringen – Sie haben ihr Ziel erreicht" schickte uns der Drittplatzierte Jens aus Halle-Trotha für alle Reisenden, die es zufällig nach Sachsen-Anhalt verschlägt, den unbedingt zu berücksichtigenden Hinweis „Sachsen-Anhalt – Bitte wenden." Eher landschaftlich begründete Josephine, „Phase 2"-Redakteurin aus Leipzig, die ihren richtigen Namen nicht genannt haben wollte, ihren Beitrag zur Diskussion zur Standortkampagne: „Sachsen-Anhalt. Brache mit Aussicht." Dies brachte ihr leider nur den zweiten Platz ein, sodass sie den Ausblick ohne Pils und Bockwurst genießen muss. Auch unsere Praktikantin Daniela wollte sich unbedingt am Wettbewerb beteiligen. Da wir auf diese Weise um das Spendieren von Bier und Wurst herumkommen, belegt ihr Slogan den ersten Platz: „Sachsen-Anhalt. Gebiet sucht Gewerbe."

Die Themen dieser Ausgabe:

» Strahlenklinik Deutschland. *Jens Schmidt*.
» Vorwärts immer – Rücktritt nimmer. *Malte Fruchtiger.*
» „Egotronic" im Interview: „Ich habe mit Hedonismus nichts am Hut!"
» Gaza hautnah. *Jörg Folta*.
» Spalten statt Versöhnen. *AG „No Tears for Krauts" Halle.*
» Leserbrief: Das Imperium schlägt zurück.

Darüber hinaus gibt es unter The same procedure ... *wie immer eine Anthologie des alltäglichen Wahnsinns in der Provinz. Viel Vergnügen.*

Strahlenklinik Deutschland

Halle liegt im Trend: Nach dem Reaktorunglück in Fukushima tat man auch in Sachsen-Anhalt, als habe der Atomunfall nicht in Japan stattgefunden, sondern in Halle-Neustadt, Kelbra oder Zeitz. Jens Schmidt führt aus, warum die Deutschen wieder einmal die ersten Opfer der Katastrophe waren.

Die ersten Opfer sind immer die Deutschen. Diese Weisheit bestätigte sich nach dem Reaktorunglück in Japan wieder einmal. Die Bundesbürger verhielten sich, als habe der Unfall nicht im japanischen Fukushima, sondern auf der hallischen Silberhöhe, bei einem Lena-Konzert oder auf dem „Eisleber Wiesenmarkt", laut Eigenwerbung „Mitteldeutschlands größtes Volksfest", stattgefunden. Statt über die Vorgänge in Japan unterhielt man sich hierzulande miteinander übereinander. Der Fernsehsender „Pro 7" beschloss, von der Zeichentrickserie „Die Simpsons" nur noch Folgen zu zeigen, in denen das Atomkraftwerk des Serienschurken Montgomery Burns keine Rolle spielt. Die Bundesregierung vergaß kurzerhand, dass die Notverordnungsgesetzgebung der Weimarer Republik schon vor einigen Jahren außer Kraft gesetzt wurde und ließ ohne größeres parlamentarisches Pipapo sieben Reaktoren vom Netz nehmen. (Da die Opposition ebenfalls der Meinung zu sein schien, dass sich über Elbe, Ruhr und Wipper längst Tsunamiwellen auf die Atomkraftwerke Krümmel, Biblis und Buxtehude zubewegen, hatte sie an dieser Degradierung der Parlamente zur Quasselbude lediglich auszusetzen, dass die Entscheidung nicht früher gefallen und nicht konsequent genug gewesen sei.) Und selbst in Sachsen-Anhalt, einem Bundesland, von dem nicht einmal die schwer angeschlagene Atomlobby viel wissen will – der Bau des Kernkraftwerks Stendal, des ersten, einzigen und letzten AKWs im Land, wurde 1991 gestoppt –, sorgte die Katastrophe von Fukushima für einen pompösen Durchmarsch der „Grünen" bei den Landtagswahlen. Die Partei, die aufgrund des eklatanten Mangels an Besserverdienenden in Sachsen-Anhalt das letzte Mal im politischen Pleistozän der 1990er Jahre im Landesparlament vertreten war, überholte selbst die heimlichen Lokalmatadore von der NPD, warf die FDP aus dem Rennen und stellt seither mit knapp sieben Prozent die viertstärkste Fraktion im Magdeburger Landtag.

Aber nicht nur die politische Klasse und der Kulturbetrieb signalisierten, dass kein notwendiger Zusammenhang zwischen radioaktiver Belastung und schwerster Verstrahlung bestehen muss. Auch die Mehrheit der Bundesbürger kannte keine Parteien, Fraktionen, Klassen und Schichten mehr, sondern nur noch engagierte Kämpfer gegen die Kernspaltung: Innerhalb weniger Tage nach dem Reaktorunglück waren Geigerzähler und Jodtabletten ausverkauft. Basisgruppen riefen zu bundesweiten Flashmobs auf, bei denen sich die Teilnehmer das Radioaktivitätssymbol an die Brust pappen, sich auf den Boden werfen und für drei Minuten Strahlenopfer spielen konnten – eine, wie die Anti-Atom-Initiative „Ausgestrahlt" auf ihrer Homepage versprach, „schnelle Aktion mit viel Spaß". Und am 14. März versammelten sich auf 450 deutschen Marktplätzen mehr als 100.000 Menschen zu Mahnwachen gegen Atomkraft. Noch nie, so erklärten Vertreter des bundesweiten Vorbereitungskreises, seien so viele Menschen einem Demonstrationsaufruf gefolgt, der so kurzfristig verbreitet wurde. Allein in Halle, das bis dahin weder als Bastion ökologischen Bewusstseins noch der internationalen Solidarität bekannt war, fanden sich Angaben der Regionalpresse zufolge 350 Personen zusammen, um eine Schweigeminute abzuhalten, die obligatorischen Kerzen anzuzünden und weiße Chrysanthemen auf den Beton zu legen.

„Fukushima ist überall!"

Während in amerikanischen Nachrichtensendungen analytisch sauber zwischen den Folgen des Reaktorunglücks und der vorangegangenen Naturkatastrophe getrennt wurde, interessierte sich in Deutschland kaum jemand für solche Feinheiten. Die Organisatoren der bundesweiten Mahnwachen erklärten, dass ihr Engagement dem Gedenken an die 20.000 Opfer des Tsunamis, des Erdbebens und der Atomkatastrophe in Japan gewidmet sei. Um auf der antiatomaren Regenbogenwiese gar nicht erst Zweifel aufkommen zu lassen, wurde al-

lerdings eine Kleinigkeit verschwiegen: Der Atomunfall, so katastrophal seine Folgen langfristig möglicherweise auch sein werden, hatte bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die deutsche Öffentlichkeit wieder der Kneipeneröffnung Daniela Katzenbergers auf Mallorca zuwandte, kein einziges Todesopfer gefordert. Die 20.000 Toten, von denen Mitte März auf den Marktplätzen fast aller deutschen Groß- und Mittelstädte gesprochen wurde, gingen ausnahmslos auf das Konto jener reinen und unberührten Natur, die auf den Spielplätzen des Münsteraner Kreuz-, des Hamburger Schanzen- oder des hallischen Paulusviertels sonst als Gegenbild zur bösen Technik beschworen wird. Da die fiese Atomenergie den Kernkraftgegnern bis dahin einfach nicht den Gefallen tun wollte, auch nur einen Toten zu produzieren, wurden die Opfer des Tsunamis und des Erdbebens kurzerhand zur eigenen Klientel erklärt. Angesichts dieses Dranges, den *body count* möglichst hoch ausfallen zu lassen, der hektischen Geschäftigkeit, in die die Anti-Atom-Lobby – von der Bundesregierung über die Opposition bis hin zur Teenager-Zeitschrift „Bravo“ – hierzulande sofort nach dem Reaktorunglück verfiel, und der permanenten Selbststilisierung zum Opfer (Stichwort: „Die-in“-Flashmobs) war kaum zu entschlüsseln, ob das beliebteste Plakat jener Tage eher als Warnhinweis oder als Wunschzettel zu lesen war: „Fukushima ist überall!“

Sonderbewusstseinszone Deutschland

Wer den Ursachen dieser deutschen Atomklatsche auf den Grund gehen will, muss in die Zeit zurückzugehen, in der sie entstanden ist; er muss sich mit jenen Jahren auseinandersetzen, in denen ihre verborgenen Motive noch weitaus offener zutage traten als nach zwei biblischen Zeitaltern umweltbewegter Anti-Kernkraft-Konditionierung: in die Jahre der ersten deutschen Anti-Atommobilisierung. Zwar gab es in dieser Zeit, in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, in fast allen westeuropäischen Ländern Bewegungen, die sich gegen Atomkraft – genauer: gegen Kernwaffen – richteten. In den Jahren zwischen dem ersten erfolgreichen sowjetischen Atombombentest im Sommer 1949 und der Einrichtung des Roten Telefons zwischen Washington und Moskau im Nachgang der Kubakrise stand die Welt tatsächlich mehrmals am Rand des Super-Gaus: des Atomkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Aber schon in dieser Zeit der europaweiten Mobilisierung gegen Kernwaffen war Deutschland jene antiatomare Sonderbewusstseinszone, die noch heute in die Welt strahlt. Nirgendwo war die Angst vor der nuklearen Katastrophe so überdeterminiert wie zwischen Zugspitze und Helgoland, für dessen Heimholung ins Reich – die Insel stand seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter britischer Oberhoheit – kurz zuvor tausende Bundesbürger demonstriert hatten. Auf den ersten Blick sahen die Deutschen mit einem nahezu unerschütterlich wirkenden Optimismus in die Zukunft: Ludwig Erhards Ausspruch „Wohlstand für alle“ wurde zur Parole der Zeit; der Abschluss eines Bausparvertrages – krisenfest und auf zwanzig Jahre ausgelegt – wurde zum kollektiven Initiationsritus für den Einstieg ins Erwachsenenleben. Bereits die Exzesse der Wirtschaftswunderzeit zeigten jedoch, dass die Deutschen ihrem Glück nicht so recht trauten: Während der so genannten Fresswelle Anfang der 1950er Jahre stopften sie sich mit Würsten, Eisbein, Grillhaxen und Sahnetorten voll, als gäbe es kein Morgen; im Zuge der Reisewelle, die der Fresswelle folgte, fielen sie, eingepfercht in Neckermann-Busse, in Scharen über die Länder her, die Vati mit seinen Kameraden bereits im Krieg erkundet hatte, als würde sich nie wieder die Möglichkeit ergeben, andere Gegenden der Erde kennenzulernen. Als die Adenauer-Regierung schließlich plante, die Bundeswehr mit Kernwaffen auszustatten, wurde die Angst vor der Vergänglichkeit von Reihenhaus, Nierentisch und VW-Käfer auch offen formuliert. Der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung, aus der kurz darauf die deutsche Ostermarschbewegung hervorging, gelang die größte Massenmobilisierung seit dem Volkssturm. Hunderttausende gingen auf die Straße, um, wie es im ersten Text der Initiative hieß, gegen den „sicheren Atomtod“ des „deutschen Volkes“ zu protestieren. Rund siebzig Prozent der westdeutschen Bevölkerung, also auch ein Großteil derjenigen, die ihre Stimme bei den Bundestagswahlen von 1957 der Union gaben, sprachen sich Meinungsumfragen zufolge gegen die Stationierung von Atomraketen in Deutschland aus.

Das Nebeneinander von Fortschrittsoptimismus und Untergangsangst fand seine Entsprechung, mit anderen Worten, nicht im Gegenüber zweier politischer Lager. Auch wenn die „Kampf-dem-Atomtod“-Kampagne zunächst von der SPD und den Gewerkschaften initiiert worden war, entzogen sich die Proteste gegen die Atombombe – und später: die Kernkraft – der traditionellen Gesäßgeografie von „links“ und „rechts“. Der Slogan „Wohlstand für alle“ und die Rede vom „sicheren Atomtod des deutschen Volkes“ waren das Yin und Yang des postnazistischen Bewusstseins: Sie verhielten sich komplementär zueinander. Als der damalige Finanzminister Franz Josef Strauß 1969 erklärte, dass „ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht“ habe – gemeint waren die Deutschen und ihr Wirtschaftswunder –, ein Recht darauf habe, „von Auschwitz nichts mehr wissen zu wollen“, verwies er unfreiwillig auf den Kitt, der beides zusammengehalten hatte: Der Zweite Weltkrieg war 1957, als 18 prominente deutsche Atomphysiker die „Göttinger Erklärung“ gegen Kernwaffen, das erste Manifest des deutschen Anti-Atom-Engagements, unterschrieben, gerade eine Dekade vorbei; Auschwitz war nur zwölf Jahre zuvor befreit worden. Anstatt, wie es von der NS-Propaganda immer wieder vorhergesagt worden war, zur Verantwortung gezogen zu werden, erlebten die Deutschen den ökonomischen Aufstieg; die Bundesrepublik wurde in die Nato aufgenommen und mauserte sich, als wäre nichts geschehen, zu einer der führenden europäischen Wirtschaftsmächte.

„Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“

Doch hatte man nicht gelernt, dass Strafe sein muss? Und dient die Strafe nicht oft auch dem Weltvertrauen der Täter? So zieht es Verbrecher nicht nur aufgrund der bekannten Mischung aus Neugier, Tatstolz und Leichtsinn immer wieder an den Ort ihrer Untaten zurück. Der vermeintliche Leichtsinn ist regelmäßig auch Ausdruck des untergründig wirkenden Bedürfnisses, doch noch gestellt und für die eigenen Handlungen zur Verantwortung gezogen zu werden. Gerade den Taten Halbwüchsiger ist gelegentlich die Sehnsucht anzumerken, jene Grenzen gesetzt zu bekommen, die sie auch im eigenen Interesse benötigen: Wer lebt schon gern im Bewusstsein, jemanden zum Krüppel geschlagen zu haben; wer will schon, dass mit ihm selbst ungestraft so umgegangen werden kann, wie es die unterdrückten Triebe von Zeit zu Zeit verlangen?

Wenn der Tatbestand jedoch nicht Diebstahl, Ehebruch oder Körperverletzung, sondern Mord heißt, wenn die potentielle Strafe also existentielle Ausmaße annimmt, wird das ohnehin labile Verlangen, um des eigenen Weltvertrauens willen zur Verantwortung gezogen zu werden, prekär. Bei Massenmord stößt schließlich auch das Recht an seine Grenzen. Denn was hätte mit denen geschehen sollen, die sich kollektiv an der Ermordung einer ganzen Bevölkerungsgruppe beteiligt hatten? Hätten die Alliierten 1945 nach den Grundsätzen der Deutschen aus dem Krieg gehandelt, die auf den Tod eines Nazihäuptlings mit der Auslöschung ganzer Ortschaften reagierten, dann hätte das „deutsche Hiroshima“, von dem die Anti-Atombewegung der 1950er Jahre immer wieder sprach, nach dem Krieg tatsächlich auf der Tagesordnung gestanden. Denn welche Waffe wäre besser als Vergeltung für die systematische Vernichtung von Männern,

Frauen und Kindern, gleich welchen Alters, welcher sozialen Zugehörigkeit und welcher politischen Überzeugung, geeignet gewesen als eine Atombombe, deren Sprengkraft sich in den 1950er Jahren im Vergleich zur Hiroshima-Bombe vervielfacht hatte? Und war von alliierter Seite nicht tatsächlich darüber diskutiert worden, die beiden Atombomben, die schließlich über Japan abgeworfen wurden, gegen Deutschland einzusetzen? Dieser Bombenabwurf sollte zwar nicht der Vergeltung der deutschen Verbrechen, sondern der Abkürzung des Krieges dienen. Da die Atomwaffen erst nach Einstellung der Kampfhandlungen in Europa einsatzfähig wurden, wurden sie dementsprechend nicht mehr gegen Deutschland eingesetzt. Auch die Bombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki dienten nicht dem Zweck der Bestrafung, sondern sollten den Druck auf die japanische Führung erhöhen, die die Aufforderungen zur Kapitulation bis dahin ignoriert hatte: Sie retteten Schätzungen zufolge einer viertel Million amerikanischer Soldaten und mehreren Millionen Japanern, die bei einer Invasion gestorben wären, das Leben. (Über das Ausmaß der Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis zeigte sich schließlich auch die amerikanische Führung bestürzt.) Da die Deutschen die ohnehin fließenden Grenzen zwischen Mittel und Zweck, konventioneller Kriegführung und Massaker, Kriegshandlung und Rache, Militär und Zivilbevölkerung selbst bis zur Unkenntlichkeit verwischt hatten; da sie sich spätestens seit dem Ersten Weltkrieg von aller Welt gedemütigt, verfolgt und ungerecht behandelt fühlten; und da aufgrund der ausbleibenden Strafe nicht nur ihr Selbstbewusstsein, sondern auch ihre Verunsicherung wuchs, waren sie zu solchen Unterscheidungen allerdings nicht fähig. In der Mischung aus Untergangssehnsucht und Untergangsangst, die den Fortschrittsoptimismus der Wirtschaftswunderzeit wie ein Schatten begleitete, spiegelte sich, mit anderen Worten, die Ahnung, die fetten Jahre nicht verdient zu haben. Der heimliche Wunsch und die Angst, doch noch für den Massenmord bestraft zu werden, fielen zusammen. So verwandelten sich die Deutschen in ihrer Phantasie in das Spiegelbild der Opfer von Auschwitz. Die Vernichtung der europäischen Juden, von der sie in den gesamten 1950er und 1960er Jahren nichts hören wollten, fiel ihnen immer dann ein, wenn über die Stationierung von Atomwaffen (und später: über Atomkraftwerke) in Deutschland gesprochen wurde: So waren die Diskussionen über Hiroshima, Nagasaki und die Atombombe nicht nur der einzige Kontext, in dem in dieser Zeit überhaupt von Auschwitz gesprochen wurde – und werden konnte. Auch die Begriffe und Metaphern wurden ununterscheidbar: Bereits kurz nachdem Elie Wiesel die Ermordung der Juden erstmals mit dem Begriff „Holocaust“ umschrieben hatte, sprach man hierzulande vom „atomaren Holocaust“; in Gudrun Pausewangs Anti-Atom-Bestsellern aus den 1980er Jahren („Die letzten Kinder von Schewenborn“, „Die Wolke“) wurden die Strahlungsopfer schließlich ganz nach dem Vorbild von KZ-Häftlingen gezeichnet. Die obsessive Verkopplung von Auschwitz und Atomenergie verschaffte sich in verschobener Form schließlich selbst im Begriff des „atomaren Endlagers“ Geltung: Während die Aufbewahrungsorte für radioaktive Abfälle in Amerika und Großbritannien schlicht als „Repositories for radioactive Waste“ bezeichnet werden, griff man in Deutschland auf einen Neologismus aus „Endlösung“ und „Lager“ zurück.

Ganz im Sinn dieser Angst vor einer Vergeltung für Auschwitz hatten das Deutsche Reich und die Anti-Hitler-Koalition in der Vorstellungswelt der Anti-Atom-Aktivisten der 1950er und 1960er Jahre auch über das Kriegsende hinaus Bestand. Obwohl 1949 zwei deutsche Staaten gegründet worden waren, die sich auf unterschiedlichen Seiten des neu entstandenen Eisernen Vorhangs befanden; obwohl die Bundeswehr und die Nationale Volksarmee der DDR verfeindete Armeen waren; und obwohl das Bündnis gegen die Achsenmächte bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zerbrochen war, erschienen die Deutschen auch weiterhin als Schicksalsgemeinschaft, die von den beiden zentralen Trägern der früheren Anti-Hitler-Koalition in ihrer Existenz bedroht werde: Die „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung erklärte in ihrem Gründungsdokument, solange kämpfen zu wollen, wie der „sicheren Atomtod“ das „deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze“ bedrohe; die amerikanischen und sowjetischen Truppen, die längst zum Bündnispartner geworden waren und, insbesondere im Fall der US-Streitkräfte, als Bestands- und Schutzmacht fungierten, galten als Besatzer.

Die Endlösung der Atommülllagerfrage

Solche offenen Verweise auf den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust fanden in den Debatten um das Reaktorunglück von Fukushima allerdings nur noch am Rande statt. Die wenigen Reminiszenzen an jene Zeit, in der Atomkatastrophen als Vergeltung für Auschwitz begriffen wurden, waren nur noch in mehrfach kodierter Form zu haben: Im Ankündigungstext eines Vortrages, der von der „Anti-Atom-Initiative“ Halle organisiert wurde, wurde davon gesprochen, dass es für die „Endlagerung“ atomarer Brennstäbe keine „Lösung“ gebe; die Berufsirre Nina Hagen wurde bei einer ihrer Performances noch deutlicher und erklärte, dass es keine „Endlösung“ für atomare Brennstäbe gebe. Die Rede vom „nuklearen Holocaust“ oder der „atomaren Endlösung“ ist aus der Mode gekommen; der Massenmord an den europäischen Juden scheint nach dem weitgehenden Aussterben der Tätergeneration verjährt zu sein – kaum jemand achtet so sehr darauf, dass Auschwitz nicht vergessen wird, wie die Deutschen: lieber „Nation der Täter“ als gar keinen Standortvorteil. Dennoch sorgt die Kombination der Worte „Japan“, „Atomkraft“ und „Katastrophe“ auch knapp siebzig Jahre nach den – von der Öffentlichkeit längst vergessenen – amerikanischen Überlegungen eines Atombombeneinsatzes gegen Deutschland dafür, dass sich die Landsleute wie die Insassen einer großen Strahlenklinik benehmen. Nach fünfzig Jahren antiatomarer Gehirnwäsche haben sich die Verhaltensmuster der Atomangstbürger von ihren untergründigen Motiven abgelöst. Wo in der Zeit der ersten Anti-Atomkraft-Mobilisierungen noch Projektionen, Verdrängungs- und Verschiebungsleistungen vorhanden waren, existieren inzwischen nur noch konditionierte Reflexe. So begleitet die deutsche Öffentlichkeit die Entwicklung, die ihren Niederschlag im Abstieg des Seelenklempners vom Psychoanalytiker zum Verhaltenstherapeuten gefunden hat, in der ihr eigenen Weise.

Jens Schmidt

prodomo
zeitschrift in eigener sache

#15 ab Mitte Juli!

Manfred Dahlmann und Philipp Lenhard über Jean-Paul Sartre | Heiko E. Dohrendorf über Kriminalroman und Ideologiekritik | Jan Huiskens über eine antiisraelische Posse | Nils Johann über Kölner Aufstandsfreunde | Richard Kempkens über die "Arabellion" | Niklaas Machunsky über ahistorische Islamkritiken | Christoph Plutte über Engels' Naturphilosophie und vieles mehr.

Online lesen unter:
http://www.prodomo-online.org

Vorwärts immer – Rücktritt nimmer

Magdeburger, Friedensfahrer, Ostdeutscher. Man ist geneigt, es bei diesen drei Worten zu belassen, möchte man den Mann beschreiben, der, noch vor Peter Sodann, wie kein Zweiter das Selbstverständnis des ideellen Gesamtossis darstellt. Gustav-Adolf Schur veröffentlichte im Februar dieses Jahres mit seiner Autobiografie „Täve“ ein knapp 300 Seiten starkes Konvolut ostdeutschen Opfertums, welches er im April 2011 in einer hallischen Buchhandlung vorstellte. Vor keiner Herausforderung zurückschreckend, schwang sich Bonjour-Tristesse-Redakteur Malte Fruchtiger aufs Rad, um den Amateurrennfahrer kennenzulernen.

Schon dem „Erlebnis Täve“ beiwohnen zu können, sollte die erste Hürde zu diesem Artikel darstellen. Die Massen wollten Täve – ich wollte nur meine Neugier befriedigen und kam entsprechend professionell nur noch mittels Presseausweis in die seit langem ausverkaufte Lesung. Zirka zweihundert Menschen – Hallenser, Friedensfahrer, Ostdeutsche, so vermute ich – versammelten sich bei „Rotkäppchen“ und „Radeberger“, um Täves Ausführungen zum Radsport, der Politik, dem Leben und dem Leiden beizuwohnen. Und zu sagen hatte er wirklich zu *allem* etwas.

Eine gescheite deutsche Biografie kommt nicht ohne den „Bombenkrieg“ aus, und so ist es auch kein Wunder, dass sich Täve, geboren im Februar 1931 in Heyrothsberge, einem Dorf in der Nähe von Magdeburg, an die Zeit zurückerinnert, in der er als „Pimpf“ die „Bombenteppiche“ der alliierten Streitkräfte erlebte. (Soweit nicht anders gekennzeichnet, entstammen alle Zitate direkt der Buchvorstellung oder der Autobiografie.) Es sind nur wenige Sätze, die er zum Zweiten Weltkrieg verliert, jedoch lassen sich schon hier all die Denkmuster ablesen, die sich durch seine gesamte Biografie ziehen werden: Das Lob der Mutter, die allein die Familie durchbringen muss. Der Vater, der „ständig abwesend“ ist. Bezeichnend, aber nicht überraschend, wird die „Abwesenheit“ nicht weiter erläutert. Das völlige Fehlen einer jeden Reflexion scheint nicht nur seinen Weg in das Buch genommen zu haben, es scheint vielmehr Täves Denken und Handeln an sich zu bestimmen. Das Individuum Gustav-Adolf gibt es nicht; da ist nur Täve, der Gemeinschaftsmensch, immer bereit sich einzusetzen. Wofür, ist da fast nebensächlich.

There is no „I“ in „Team Täve“

Da ist zum Einen das Fahrradfahren, das Amateurradfahren, um genau zu sein. Denn wichtig ist es schon, erstens kein Profi zu sein, ist doch der Profisport zweitens eine „Ware“, die verkauft werden muss.

1. Täve Schurs Begeisterung für den Amateursport begründet sich vor allem im von ihm beschworenen Mannschaftsgeist. So wird Täve Schur zwar gern und oft als vielfacher „DDR-Meister“, Gewinner der „DDR-Rundfahrt“ sowie der „Friedensfahrt“ gepriesen, „unvergessen“ wurde er jedoch durch die „UCI-Straßen-Weltmeisterschaften“ 1960, als er zugunsten eines Teamkollegen auf den Sieg verzichtete. Inwiefern taktische Überlegungen bei Mannschaftssportarten eine Rolle spielen, soll hier gar nicht diskutiert werden. Wichtig ist vielmehr der Mythos, der sich um den „selbstlosen Helden“ aufbaute. Dass Täve Schur sich selbst nie als Helden bezeichnen würde, ist dabei nur selbstverständlich: Die „Aufopferung“ für die Mannschaft, die er so penetrant selbstlos tausendfach wiederholen muss, dass er im Buch zumindest in Bezug auf die WM 1960 gleich ganz darauf verzichtet und lieber über mehrere Seiten aus Erik Neutschs „Spur der Steine“ zitiert, der wiederum über mehrere Seiten eine Eloge auf Täves „Einsatz für die Mannschaft“ verfasste, zieht sich wie ein zäher, am Schuh klebender Kaugummi durch das gesamte Buch. Täve schreibt über seine „Leidenschaft“, kommt dabei jedoch nie über den Zwang, der ihn antreibt, hinaus: In seinen Jugendjahren zwang ihn der Fahrplan eines Überlandbusses in der sachsen-anhaltischen Provinz, schneller zu sein. Diesen einzuholen, sollte die erste Radfahrherausforderung sein, der sich Täve stellte. Es zwangen ihn die Werktätigen, die das Fehlen des Amateurs im Kombinat zu kompensieren hatten. Diese waren natürlich stolz auf ihren Täve und arbeiteten somit für ihren von der Arbeit freigestellten Kollegen. Und ganz nach der Losung „Mein Arbeitsplatz – Kampfplatz für den Frieden!“ zwang den radelnden Proletarier „vor allem (!) die Bonner Politik“ zu Höchstleistungen. So ist nun ausgerechnet der Westen noch Schuld an den Siegen des Täve Schur. Stünde es nicht Schwarz auf Weiß vor mir, niemand könnte mir glaubhaft machen, dass man *so* ostdeutsch sein kann.

2. „Die Multis“ haben die Macht über den Sport übernommen und, oh Schreck, sie interessieren sich gar nicht für den Sport, sondern nur für den „Profit“. Was eine Binsenweisheit sein könnte, verkommt beim Amateursportler nicht nur zur Anklage gegen „den Kapitalismus“, den er mittels materialistischer Dialektik zu kritisieren weiß: „Der Marxismus ist so was wie ein Werkzeugkasten, weißt Du. Da liegt Verschiedenes drin, aber nicht jedes Ding taugt für alles.“ Der Kapitalismus wird zugleich dem moralisch erhabenen System des Amateursports, nicht nur in der DDR, untergeordnet. Dieses System sorgte dafür, dass ein Täve auch ja nicht die Bedeutung harter Arbeit vergessen sollte. Er war schließlich einer von ihnen, den „Kumpeln“ in den Betrieben. Und so verbindet sich das Lob der Arbeit wie selbstverständlich mit der Anforderung, die, ganz klar, von Anderen kommt, nicht arbeiten zu dürfen: „Ich kann schweißen, bohren, hart löten, weich löten, ich kann Brunnen bohren, Autos reparieren und Fahrräder sowieso. Ich könnte heute noch Töpfe flicken, wie ich es nach dem Krieg getan habe. Aber gut, sie brauchten mich beim DTSB (Deutscher Turn- und Sportbund; d.V.).“ Und so wie Täve der Verpflichtung zum Radfahren nachkam, so entzog er sich auch nicht der Verpflichtung, „sich für Frieden [und] Freundschaft zwischen den Völkern“ einzusetzen. Und wurde Abgeordneter – zuerst der Volkskammer von 1958 bis 1990 und dann des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2002.

Neues Deutschland

Während sich die gesellige Runde in der hallischen Buchhandlung in ein Meer von Anekdötchen verwandelte, zu denen ein jeder schulterklopfend seinen Bautz'ner Senf dazugab – „So isses, Recht hat er, der Täve“ – stellte ich fest, dass ich mich in einer Zeitschleife zu befinden schien. Die Wiederholung der immergleichen Phrasen, das beständige Sich-zunicken, welches kaum noch eines Wortes bedurfte, um die eigene Meinung einander zu bestätigen, sollte mir einen Vorgeschmack auf die Lektüre geben, die vor mir lag: Täve, der Radfahrer; Täve, der Volkskammerabgeordnete (den ich hier auslasse, um dem Leser zumindest eine Wiederholung zu ersparen) und jetzt Täve, der Bundestagsabgeordnete.

1998 – Täve Schur ertrug nun schon das neunte Jahr nach der „Kehrtwende“ – benötigte die PDS einen, der noch so richtig die orthodoxen Ostalgiker anziehen konnte. Nur kurz zur Erinnerung: Die PDS, zwar in den ostdeutschen Landtagen im zweistelligen Prozentbereich vertreten, vermochte es bis dahin nicht, bundesweit auf fünf Prozent der Wählerstimmen zu kommen. An eine Westausdehnung war nicht zu denken und im Bundestag war sie nur deswegen vertreten, weil sie bei den Wahlen 1994 in Berlin vier Direktmandate erringen konnte. So konzentrierte sich das Mobilisierungspotential der Partei noch mehr als heute auf die „Sorgen und Nöte“ derer, die nicht nur (ost-)deutsch denken, sondern auch geografisch im Osten zu verorten waren. Und da kam einer wie Täve gerade recht. Leidvolle Erfahrungen prägten seine Jahre nach 1989: Verschiedene Versuche, die soziale Marktwirt-

schaft zu genießen, wurden ihm von Anderen immer wieder vereitelt. Der Fahrradladen, den er in Magdeburg zusammen mit seinen Söhnen eröffnete, kostete ihn, neben der Verpflichtung zur Übernahme von mehreren Angestellten und Auszubildenden, die in der ehemals dort ansässigen HO-Filiale (Handelsorganisation der DDR) gearbeitet hatten, zusätzlich zum Kaufpreis weitere 50.000 DM. Dieser Betrag ging an die „ärgsten Räuber, die nicht nur Konten plünderten, sondern Millionen den Arbeitsplatz stahlen". Er meint die „Treuhandanstalt", die nach der Vereinigung für die Privatisierung der „Volkseigenen Betriebe" der DDR zuständig war. Das Hotel, welches einer seiner Söhne im Harz betrieb, wurde von der „Vereins- und Westbank", die „ihre Zusage für einen Kredit [nicht] eingehalten" hatte, zwangsversteigert und sollte bald einem „Wessi", einem Steuerberater aus Wolfenbüttel, gehören. Selbst die Friedensfahrt, für deren Rettung sich Schur einsetzte, gelangte auf die „Holperstraße des Kommerzes" und Täve musste nicht nur damit leben, dass aus dem Amateur- ein Profirennen wurde, sondern auch, dass Sponsoren nicht aus „ursprünglichen Motiven des Rennens ihre Summen überwiesen". (Mittlerweile tun sie nicht mal mehr das, die Friedensfahrt fand 2006 das letzte Mal statt.)

Genug Kapitalismuserfahrung also, um 1998 als originäres Ostprodukt von der PDS als Spitzenkandidat des sächsischen Landesverbands zur Bundestagswahl aufgestellt zu werden. Als dieser ließ sich Schur nicht lumpen und plauderte drauf los: „Die bürgerlichen Medien manipulieren die Menschen so, als wenn man den Negern sagt, in der Wüste gibt's Wasser und Brot, und die rennen alle in den Tod."[1] Dies kann einem Täve natürlich nicht passieren – der liest ND: „Aber ich lese ja Neues Deutschland, da weiß ich, was nicht in der bürgerlichen Presse steht. Also, dass was drinne stehen müsste im Sinne der Veränderung der Welt."[2] Dass es diese Veränderung notfalls „mit der Waffe zu verteidigen" gilt, ist dabei selbstverständlich. Nur mit der Konsequenz hapert es dabei noch etwas: „Ich hätte wohl versucht, auf die Beine zu schießen", so Schur, als er bei einer Wahlkampfveranstaltung auf die DDR-Grenzflüchtlinge zu sprechen kam.[3]

„Külow, das alte Wildschwein"

Auch wenn solche Perlen realsozialistischen Gedankenguts bei einem Teil seiner Fans ankommen mögen, so wurde einigen Parteigenossen doch klar, dass Täve der PDS vielleicht mehr schaden als nutzen könnte und so stellten sie ihm, den Abgeordnetenkandidaten, einen eigenen Pressesprecher zur Seite. Dieser übernahm die nicht ganz einfache Aufgabe, Täve-Deutsch mit Interpretationshilfen zu versehen, damit dieser selbst und die PDS halbwegs unbeschadet durch den Bundestagswahlkampf gelangten. Doch auch Volker Külow, 1998 Mitarbeiter für die PDS im Bundestag, seit 2001 Vorsitzender des Stadtverbandes der PDS/Linke in Leipzig und seit 2004 Mitglied des sächsischen Landtags, konnte vielfach nur nachträgliche Schadensbegrenzung betreiben. Külow saß oft genug hilflos daneben – „Mensch Külow. Jetzt sei aber mal stille." –, wenn Täve seine Meinung zum Besten gab: Gefragt, wie mit dem zunehmenden Problem des Rechtsradikalismus (die „ganze braune Soße" ist natürlich aus dem Westen „rübergeschwappt") umzugehen sei, musste Schur nicht lange überlegen und zog die Lösung aus dem sozialistischen Hut: „Hitler hat die Probleme ja noch in den Griff gekriegt, indem er Autobahnen baute."[4] Trotz dieses Kompetenzbeweises in Sachen sozialistischer Infrastrukturpolitik, wurde Täve dann sportpolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion. In dieser Funktion hörte man dann nur noch recht wenig von ihm. In Sachen Dopingaufklärung in der DDR wusste er zu berichten, dass alles „wissenschaftlich kontrolliert" worden war, im Gegensatz zu den „profitorientierten Pharmakonzernen" jedoch mit „Akribie und Verantwortungsbewusstsein". Er beschränkte sich auf die Volksgesundheit, indem er Sport für die Jugend empfahl, um diese „anderen Reizen" zu entziehen. Einen richtigen „Täve" konnte er damit auch nicht mehr landen. Aus dem Bundestag verschwand er dann auch nach vier Jahren, wahrscheinlich waren selbst seine Parteigenossen dafür dankbar.

Just Täve

Zwei Stunden dauerte die Buchvorstellung mittlerweile an. Das „Radeberger" war schon so schal, wie die Redebeiträge von Autor und Gästen. Ich schwankte zwischen aufkommender Aggression und zunehmender Langeweile. Das gebetsmühlenartige Wiederholen des eigenen Opferdaseins, sei es gegenüber Banken, Politikern, dem Westen, nahm unerträgliche Züge an. Die Außenpolitik, der Krieg, das Öl (hier: Libyen). Alles verschwamm zu den bekannten Erklärungsmustern.

Während des Vortrages verlor Täve zuweilen den Faden, wurde vom Publikum tatkräftig wieder angeschoben und ich fragte mich, ob der Mann, der da vorne stand und kurz zuvor seinen schon achtzigsten Geburtstag feierte, nicht vielleicht doch etwas zu bemitleiden wäre. Doch stellte ich mir diese Frage nur kurzzeitig. Täve Schur wusste, was er erzählte: Sein Abschweifen; das Geschichtenerzählen; die Anekdoten, bei denen alle herzlich lachten; der Dialog mit dem Zuhörer, der im Grunde ein ostdeutscher Monolog war. Genau das ist diese Autobiografie: eine Zwangsumarmung, distanzlos, monologisch. Genau das ist er: Der DDR-Bürger, der Rennradamateur, der Magdeburger, dessen Briefkasten dementsprechend nicht beschildert ist mit „Gustav-Adolf Schur". Sondern mit „Täve". Sonst nichts.

Malte Fruchtiger

Anmerkungen:

1 Osang, Alexander: Ankunft in der neuen Mitte. Reportagen und Porträts. Berlin 2000.
2 Ebd.
3 Focus 19/1998.
4 Osang 2000.

Pólemos

Krieg den deutschen Zuständen! (Karl Marx)

Bullarium der AG Kritische Theorie (Nürnberg/ Freiburg)

03 - Inhalt:

Gegen den internationalen und kriegerischen Angriff auf die Souveränität des Staates Israels durch die *Gaza Flottille* am 31. Mai 2010 schreibt **Paul Desandren** in **Das Völkerrecht auf Israelkritik**.

Wir dokumentieren wir den Aufruf sowie zwei Redebeiträge zur Kundgebung **Antisemitismus ist keine Abenteuer-Kreuzfahrt** am 20. Juni 2010 in Frankfurt.

Leo Elser widerspricht in **Kinderfreunde auf Hexenjagd** dem medialen Neuaufguß des Kirchenkampfs gegen „pädophile" Kleriker und Reformpädagogen in fünf Thesen.

Dem kultivierten Elend der Studenten und ihrer Aktionen kann nur noch mit Polemik begegnet werden. **Rudi Landmann** über den **Generalstreik gegen das Denken**.

Über die Zurichtung der Subjekte im Islam klären die **Gruppe Morgenthau** mit ihrer **Kritik des islamischen Anti-Individualismus** und **Felix Menz** in **Unterwerfung und Gehorsam** auf.

Dem Zusammenhang von permanenter Krise und postmodernem Subjekt versucht **David Parnass** im ersten Teil von **Die Wiederkehr der todgesagten Subjekte** auf die Spur zu kommen.

http://kritischetheorie.wordpress.com

„Egotronic“ im Interview: „Ich habe mit Hedonismus nichts am Hut!“

Den einen gelten sie als antideutsche Vorzeigeband, andere lamentieren, wie jüngst in der „Jungle World“, dass sie nur noch den „Soundtrack zur Affirmation“ liefern würden. Neonazis rufen in Anspielung auf ihren Titel „Raven gegen Deutschland“ zum „Raven gegen Nestbeschmutzer“ auf, und die Verschwörungstheoretiker von der Band „Die Bandbreite“ haben Anzeige gegen sie erstattet: „Egotronic“. Die Bonjour Tristesse sprach aus Anlass ihres letzten Konzertes in Halle mit ihnen über die Themen, die jeden Redakteur eines Jugendmagazins bewegen: Geld, Liebe, Spaß und Neid.

Wenn von „Egotronic“ gesprochen wird, wird immer wieder von Hedonismus als politischem Prinzip geredet. Was verbirgt sich hinter dieser Aussage?

Torsun: Ehrlich gesagt, wir sind gar nicht in erster Linie ein politisches Projekt. Wir haben relativ viele politische Texte, weil wir halt Texte über Dinge schreiben, die uns beschäftigen. Und da das politische Dinge sind, spiegelt es sich auch in unseren Liedern wider. Allerdings ist es nicht so, dass wir uns als Agitatoren begreifen oder Protestsongs schreiben würden.

Und was habe ich mir unter Hedonismus, der immer mal wieder im Zusammenhang mit euch erwähnt wird, vorzustellen?

Endi: Ich habe mit Hedonismus nichts am Hut.

Torsun: Ich glaube, auf uns wird eher projiziert, dass wir Hedonismus präsentieren würden. Das ist aber gar nicht wirklich so. Es gibt zwar Songs, wie z.B. „Lustprinzip“, wo es schon darum geht, einfach auszurasten und zu sagen: „Hey, ich habe auf nichts anderes Bock als zu tanzen, ich will mich nicht mit irgendwelchem Scheiß auseinandersetzen müssen.“ Feiern und in bestimmten Momenten nur an das eigene Glücksgefühl zu denken – das spielt bei uns natürlich schon eine Rolle, sowohl textlich als auch im konkreten Leben. Aber Hedonismus als politisches Prinzip vertreten wir nicht.

Ihr seid jetzt seit acht Tagen unterwegs und spracht gerade davon, dass ihr nicht dauernd an die „ganze Scheiße“ – also sicher auch: Arbeit, Anstrengung, physische Reproduktion usw. – denken wollt. Ist es nicht auch anstrengend, jeden Abend gute Laune haben zu müssen, gut drauf sein und Party machen zu müssen? Ihr seid ja im Unterschied zum Großteil eures Publikums auch nicht mehr 19. Verbittert es nicht auf Dauer, wenn man jeden Abend für Unterhaltung sorgen muss?

Torsun: Es verbittert nicht, aber manchmal ist es schon anstrengend. Ich habe für mich dafür irgendwann mal den Begriff der professionellen guten Laune geprägt. „Egotronic“ ist halt auch ein Job, das heißt, wir verdienen damit unseren Lebensunterhalt, und insofern ist es eben auch manchmal anstrengend. Aber eigentlich macht es Spaß. Ansonsten würde ich das auch nicht machen. Während der Tour gab es z.B. einen Tag, an dem ich überhaupt keine Lust auf einen Auftritt hatte – ich sage natürlich nicht wo –, aber so etwas wird dann mit professioneller guter Laune übertüncht.

Endi: Bei mir ist das so: Wenn ich privat auf Konzerte gehe, dann ist es mir relativ egal, ob es der Band gut oder schlecht geht. Ich möchte, dass die eine gute Show liefert. Dabei merkt man ziemlich schnell, ob die Leute auf der Bühne Bock haben oder nicht. Bei uns ist es glücklicherweise meistens so, dass wir nie alle zusammen schlecht drauf sind, so dass es immer einer von uns rausreißen kann. Wenn die Leute Eintritt bezahlen und Lust auf ein Konzert haben, dann sollte man schon versuchen, denen einen schönen Abend zu bereiten – auch wenn man selbst nicht so gut drauf ist.

Ihr habt gesagt, dass ihr mit „Egotronic“ euren Lebensunterhalt verdient. Zum „Lustprinzip“ gehört bekanntlich mehr als eine Matratze im Bauwagen. Das heißt: Könnt Ihr von „Egotronic“ auch gut leben?

Endi: Wir werden nicht wirklich reich davon, aber wir können uns damit so über Wasser halten, wie wir es früher mit bescheuerter Lohnarbeit getan haben: mit blöden Jobs, mit Chef usw. Da haben wir zwar auch nicht viel mehr verdient als jetzt, aber es ist schon schöner, wenn man etwas macht, das Spaß macht und wo man auch noch sein eigener Chef ist.

Torsun: Gerade in Berlin sind die Löhne ja extrem niedrig – und da gehört man mit unserem Auskommen tatsächlich schon zu den Besserverdienern. Wenn ich sehe, wie wenig Geld einige Leute für ihre Knochenjobs bekommen, dann muss ich sogar sagen, dass es ein wirklich gutes Leben ist.

Bei euren Konzerten ist mir die Mischung eures Publikums aufgefallen: Da tanzt die Rastaträgerin mit Antifa-Recherchefimmel neben dem Jung-Antideutschen mit Israel-Buttonparade, der Indiepopper neben dem Kulturarbeiter mit Politvergangenheit. Gibt es in der Linken eigentlich irgendjemanden, der euch nicht mag?

Torsun: Doch, schon. Aber die Zeit, in der es richtig gerappelt hat, ist tatsächlich schon eine ganze Weile vorbei. Das letzte Mal, dass wir Ärger mit Antiimps hatten, von denen wir ja nichts anderes erwarten, war vor etwa zwei Jahren in Hannover. Die haben Flugblätter gegen uns verteilt, auf denen stand, dass wir Kriegstreiber seien. Insgesamt scheinen diese Leute aber so angepisst davon zu sein, dass „Egotronic“ so erfolgreich ist, dass sie lieber nicht über uns reden wollen. Es ist also deutlich weniger geworden.

Nach Dresden hat es allerdings auf unserer „Facebook“-Seite gerappelt. Ich hatte eine Büttenrede ins Netz gestellt, in der ich mich über das kollektive Trauern am 13. Februar, dem Tag der Bombardierung, lustig gemacht habe. Der Tenor war, dass deutsche Täter keine Opfer sind. Das stand sogar in der Bildzeitung Dresden: „Linker Videoclown verhöhnt die Opfer von Dresden.“ Diese Büttenrede hat letztlich auch bei unseren eigenen Fans für Kontroversen gesorgt. Da habe ich mich schon gefragt: Was für Leute hören uns denn eigentlich? Haben die sich schon irgendwann mal einen unserer Texte angehört? Wenn die ganzen Nazirapper in jüngster Zeit allerdings meinen, sich an uns abarbeiten zu müssen und wir als Paradefeindbilder für die herhalten müssen – „Raven gegen Nestbeschmutzer“ ist so ein neues Ding von denen –, dann glaube ich aber, dass wir etwas richtig gemacht haben. Wir haben auf jeden Fall keine Skrupel, uns mit den eigenen Fans anzulegen.

Noch einmal zurück zur Frage nach der großen Eintracht bei Euren Konzerten: Wie erklärt ihr euch eure – zumindest weitgehende – Beliebtheit innerhalb der Linken? Die paar Antiimps, die es in Magdeburg, Hannover oder Bitterfeld noch gibt, zählen ja nicht so richtig.

Endi: Zunächst mal finde ich es natürlich schön, wenn die verschiedensten Leute zu unseren Konzerten kommen und dort Spaß haben. Ich mag es, vor den unterschiedlichsten Leuten zu spielen. Dann ist es natürlich so, dass elektronische Musik in der Linken enorm an Bedeutung gewonnen hat. Als ich aufgewachsen bin, habe ich in keinem einzigen linken Jugendzentrum jemals auch nur einen Beat gehört. Techno wurde von den Trotteln und Druffis gehört. Während wir noch mit Punk, Hardcore und Metal sozialisiert worden sind, wachsen viele Politleute inzwischen mit Elektromusik auf. Es gehört ja mittlerweile zum Konsens, dass es bei linken Feiern, Soliveranstaltungen usw. mindestens einen Technofloor gibt. Insofern ist es auch nicht besonders überraschend, dass die Konzerte der paar Bands, die solche Musik machen, gut besucht sind. Wenn es 30.000 Elektrobands gäbe, wie es 500.000 Schrammel-Deutschpunk-Bands gibt, würden garantiert auch weniger Leute zu unseren Konzerten kommen.

Torsun: Wichtig ist sicher auch, dass wir selbst aus dieser Politszene kommen und zu den ersten gehört haben, die musikalisch mal was anderes, Tanzclub-Musik mit einer politischen Aussage eben, gemacht haben.

Bei all eurer Beliebtheit lautet einer der Vorwürfe, die euch regelmäßig von Fans der ersten Stunde gemacht werden, dass ihr nicht mehr so politisch wie in der guten alten Zeit seid. Ich habe mir eure Platten darum mal angesehen und festgestellt, dass sich die Anzahl der politischen Texte in den letzten Jahren nicht besonders verändert hat. Wie erklärt Ihr Euch diese Vorwürfe, die jeder Empirie widersprechen?

Endi: Jeder kennt ja das Phänomen, dass man einerseits möglichst viele Leute für die eine unbekannte Band begeistern möchte, die einem gefällt, und es dann andererseits scheiße findet, wenn nicht mehr 30, sondern 300 Leute zu den Konzerten kommen. Das ging mir bei verschiedenen Bands auch schon so. Dazu kommt, dass bei unseren richtig großen Konzerten sicher auch Leute auftauchen, die „Raven gegen Deutschland" als Scherz abtun oder sich nur auf die Musik einlassen und nichts von den Texten wissen wollen. Wenn unsere Old-School-Fans dann sagen, dass sie damit nichts mehr zu tun haben wollen, dann kann ich das sogar bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehen. Ich werfe denen das auch nicht vor. Es nervt allerdings, wenn das nicht offen ausgesprochen wird, sondern merkwürdige Unterstellungen herhalten müssen: Wir seien nicht mehr so politisch, nicht mehr radikal wie früher usw.

Torsun: Merkwürdig finde ich es vor allem, wenn solche Vorwürfe aus einer politischen Ecke kommen, die mir sehr nahe steht. Dort wird immer gesagt, dass man nicht mit dem Bauch denken, sondern auch mal den Kopf einschalten soll – und dann wird plötzlich doch ganz gern mit dem Bauch gedacht und mit abstrusen Vorwürfen um sich geworfen. Wenn so etwas an uns herangetragen wird, dann nehmen wir uns in der Regel zwar viel Zeit, diskutieren mit den Leuten, sagen, dass sie sich doch einfach mal die neue Platte anhören sollen, auf der mehr Politsongs als auf den Platten davor sind, oder dass wir mehr Solikonzerte spielen denn je. Aber trotzdem werden sich solche Vorwürfe wohl nicht vermeiden lassen. Bei der nächsten Platte wird es auch wieder heißen, dass wir noch unpolitischer geworden sind. Versprochen.

Gaza hautnah

Alle paar Wochen kühlt sich die Weltgemeinschaft am sogenannten Gazakonflikt ihr Mütchen. Fernsehteams berichten – wie vor einem Jahr anlässlich der unsanften Hinderung der „Mavi Marmara" beim Versuch, die israelische Seeblockade zu durchbrechen – ausgiebig aus dem Gazastreifen, einer abgelegenen Region in der Wüste des Nahen Ostens. Die Bilder sind jedoch immer identisch: monotone Stadtviertel, verwahrloste Straßen und Plätze, hoffnungslose Menschen. Was ist das für ein Landstrich, der in den immer gleichen Fernsehberichten ähnlich trostlos, aber ungleich öder als das Glauchaviertel, Dessau-Süd, Merseburg oder Köthen-City rüberkommt, dessen Bewohner aber einen noch höheren Pro-Kopf-Verbrauch an Hilfsgeldern haben als die Eingeborenen besagter ostdeutscher Provinz? Ein Landstrich, der mehr „Friedensmärsche" pensionierter Studienräte, PDS-Hinterbänkler, arbeitsloser Publizisten und abgewrackter westeuropäischer Intellektueller aufzuweisen hat, als Sachsen-Anhalt an Montagsdemonstrationen? Der halb so groß ist wie der Saalkreis, aber rumlärmt wie ganz Südamerika zum Karneval? An dem die arabische Revolution spurlos vorbeizugehen scheint? Bonjour-Tristesse-Auslandsreporter Jörg Folta war dem Phänomen „Provinz – international" auf der Spur. Er sprach mit Experten, Politikern und Arbeitslosen. Wie sehen sie ihr Leben am langweiligsten Ort der Erde.

Die Sonne brennt unbarmherzig, als ich vor dem „Beach-Hotel" Gaza aus meinem klimatisierten Taxi steige. In der Luft hängt ein penetranter Gestank nach Zweitaktgemisch und Erbsensuppe, und ich beeile mich, der Hitze in die kühle Hotellobby zu entkommen. Kinder umringen mich und betteln fordernd um Schokolade und Westzigaretten. Ich werfe eine Packung Weinbrandbohnen und zwei Tüten Haribo „Saure Stäbchen" ins Getümmel und rette mich hinter die schwere Glastür der Rezeption.

Im Kopf habe ich die Bilder europäischer Kamerateams vom letzten großen bewaffneten Konflikt innerhalb des Gazastreifens, der Operation „Gegossenes Blei" der israelischen Armee gegen die Rentnerpartei „Hamas" Ende 2008. Statt Tod, Hunger, Verzweiflung sah man sogar auf Al-Dschasira gutgefüllte Supermärkte und wohlgenährte, sich um Einweg-Grills gruppierende Zivilisten, die Tee tranken und Hähnchenflügel verdrückten. Ein Professor der Al-Azhar-Universität Gaza beklagte sich über die Rücksichtslosigkeit israelischer Panzerfahrer beim Durchqueren seines Wochenendgrundstücks und selbst der Kommentator der Tagesschau kam nicht umhin zuzugeben, dass es den Menschen in Gaza eigentlich an nichts mangele.

Ich will herausfinden, wie es den Einwohner des Gazastreifens seit der Erlangung der vollständigen Selbstverwaltung vor über fünf Jahren wirklich geht, ich will ihre Sorgen und Nöte kennenlernen, wie sie mit der Last der fast 50-prozentigen Arbeitslosigkeit und schierer Hoffnungslosigkeit umgehen und ob die über zehn Milliarden Euro Hilfsgelder, die seit Ende der 90er Jahre in die Autonomiegebiete flossen, nur in Leckereien und Märtyrervideos investiert wurden.

Ich treffe Omar il-Hamir in der Strandbar „Eiscafé Stadt Borna". „So viel zu essen haben wir gar nicht" schimpft der arbeitslose Maschinen- und Anlagenmonteur. Die Hilfslieferungen nehmen alle den Umweg über den israelischen Hafen Aschdod. Dort, so orakelt Omar, „würden die (Israelis, J.F.) das Beste für sich behalten". Seit der israelischen Blockade werden Sonderwünsche meist von Schmugglern über die illegalen Tunnel von Rafah aus Ägypten bedient. Vor allem der Bedarf an Pornografie, Bohnenkaffee, Negerküssen und Damenstrumpfhosen werde so gedeckt.[1] Ob er darunter leide, keine Arbeit zu haben? „Das Arbeitsamt haben die Juden 2008 weggebombt", erklärt Omar vergnügt und leert den Rest seiner Flasche Rotkäppchen-Sekt in einem Zug. Außerdem „habe er Rückenschmerzen".

Omar ist einer von über 100.000 jungen Männern Gazas, die keine Arbeit haben. Die meisten von ihnen leben vom Solidaritätszuschlag, der in islamistischen Terrorstaaten und Westeuropa für die Palästinenser erhoben wird. Das Geld wurde in der Vergangenheit auf oft gewalttätigen Demonstrationen mit Sprüchen wie „Kommt die Hilfe, bleiben wir hier, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr" oder „Ungläubige rückt die Dollars raus, Palästinenser kommen im Dauerlauf" vor allem von den westeuropäischen Geberstaaten und den USA erpresst. Fast 1.000 Dollar bekommt jeder Erwachsene der Autonomiegebiete so pro Jahr, nicht mitgerechnet Waffen und Munition für den Dschihad, der beliebtesten Freizeitbeschäftigung der Eingeborenen. Omar erhebt sich ächzend, fordert mich unmissverständlich auf, ihm meine Zigarettenschachtel samt Feuerzeug auszuhändigen, stammelt irgendwas von „vierzig Jahren israelischer Zwangswirtschaft" und „ihm stehe das jetzt endlich zu" und verschwindet.

Mein nächster Gesprächspartner ist Hassan Kaaramina vom „Komitee für Gerechtigkeit". Der Weg zu seinem Büro, den ich – nachdem ich geschlagene 45 Minuten vergeblich auf ein Taxi gewartet habe – zu Fuß antrete, führt mich durch die marode Innenstadt von Gaza.

Der Palästinenser liebt es, Schlange zu stehen. Sieht er eine, stellt er sich an – ohne zu wissen, was es überhaupt gibt. Die israelische Blockade führt zu sogenannten „Engpässen“; die Menschen müssen wegen Kleinigkeiten wie Zahnseide, ballonseidenen Trainingsanzügen und Südfrüchten oft stundenlang warten. In der längsten Schlange vor „Hassan's Broilerbar“ sehe ich Omar wieder, der mir freundlich zuwinkt. Imbissbuden schossen seit der Selbstverwaltung wie Pilze aus dem Boden und die Palästinenser haben es in der Veredelung von Küchenabfällen zu wahrer Meisterschaft gebracht. Fischstäbchen aus Hühnerbrust, Jägerschnitzel an Käsekrakauer, Quarkkeulchen mit Kartoffelsalat sind neben Dosenbiersorten aus aller Welt nur einige Spezialitäten der zahlreichen Stehlokale der Stadt.

Der Palästinenser liebt es, Schlange zu stehen.

„Außenseiter-Spitzenreiter“, der Straßenfeger in Gaza-Stadt, wird live aus dem Hamasbunker unter dem Stadtkrankenhaus gesendet.

Der Weg führt weiter durch völlig verwahrloste Straßenzüge, Müll und Schutt soweit man sieht. Fünf Jahre Misswirtschaft haben hier ihr übriges getan. In einer Seitengasse verprügeln Jugendliche ein Schaf, Plakate werben an heruntergekommenen Litfaßsäulen für die Boulevardzeitung „Super il-Lu“ mit deren Schlagzeile „Angeber-Israeli mit Axt erschlagen – Ganz Gaza ist froh, dass er tot ist“ und an jeder Ecke lümmeln Männer, die Schischa rauchen und den allgegenwärtigen Kamerateams ihr Leid klagen.

Nach einer halben Stunde erreiche ich die Zentrale des überparteilichen Zusammenschlusses „Komitee für Gerechtigkeit“. Das Komitee ist ein Bündnis fast aller Parteien und Verbände des Gazastreifens, von der „Hamas“ über die Initiative „Islam Jetzt“ bis zur „Gaza-Sex-Partei“. Mutig tritt das Komitee für eine sofortige Erhöhung der Hilfsgelder ein, für die Einführung der Scharia, den Erhalt aller Kitas, die Steinigung untreuer Frauen und die Zwangsehe ab acht Jahren; Forderungen, die bisweilen nur schwer auseinanderzuhalten sind, aber das Land einen. Hassan Kaaramina, Sprecher des „Komitees für Gerechtigkeit“, ist ein hochgewachsener Enddreißiger mit beeindruckender Ausstrahlung. Freundlich begrüßt er mich und bittet mich, in seinem mit Moschus-Raumspray parfümierten Büro Platz zu nehmen. Unter seiner windelartigen Kopfbedeckung und einem strahlenden, fanatischen und gelegentlich zuckenden Augenpaar wuchert ein enormer Sauerkrautbart, der allerdings nur notdürftig die etwas grobschlächtigen Gesichtszüge des sechsfachen Ehemanns verdecken. „Die da oben machen was sie wollen“, flucht der von der israelischen Presse als „Jammerpalästinenser“ titulierte Hassan Kaaramina und schleckt sich über seine Augenbraue. Um mir die seelische Erschütterung der Eingeschlossenen zu verdeutlichen, zeigt er mir den Programmteil des Stadtmagazins „Fatwa“: Die verschiedenen Jazzkeller der Stadt laden am Wochenende zu gleich mehreren Kabarettabenden ein, vom Studentenkabarett des Instituts für Islamwissenschaften „Die Pa-LÄSTER-nenser“, über „Die FATAH-listen“ bis hin zu einer „Jazzlesung mit Lutz Rathenow“, wie ich verwundert lesen muss. „Die Menschen sind verzweifelt“, erklärt Kaaramina aufbrausend und schüttelt mich dabei heftig mit beiden Händen am Hemdkragen. „Hunger, Not, Elend“, höre ich noch halb benommen als ich in der Vorschau für den nächsten Monat eine Ankündigung für einen Abend mit der Arafat-Witwe Suha at-Tawil und Peter Sodann unter dem Titel „‚Sodann und Gomorra‘ – Sodann mischt sich ein“ sehe und verstehe ...[2]

Den Rückweg zum Hotel trete ich wieder zu Fuß an, da mir Hassan Kaaramina bei unserer herzlichen Abschiedsumarmung die Brieftasche aus meiner Jackentasche entwendet hat. Ein Taxi habe ich aber ohnehin noch nicht zu Gesicht bekommen und der Fahrt in einer der zahlreichen, von verschleierten Palästinenserinnen gezogenen Bollerwagen – Symbol der berühmten Improvisationsfähigkeit der männlichen Einwohner der Stadt – ziehe ich den Fußmarsch vor. Ich treffe wieder Omar, der in „Saladin's Schnitzel-Station“ sein Mittagsbier zu sich nimmt und mich mit einer ausladenden Handbewegung zum Mittrinken einlädt. In einer Ecke der mit betäubendem Körpergeruch erfüllten Imbissstube hängt neben dem Tagesangebot – „Hühnerklein in Majonaisensoße“ – ein alter Fernseher rumänischer Bauart. Schläfrig folgen alle der beliebtesten Fernsehsendung Gazas: „Außenseiter-Spitzenreiter“. Die Sendung war bereits vor der Selbstverwaltung eine kleine Legende und nahm augenzwinkernd die von den Israelis geschaffenen Missstände aufs Korn. Heute wird „Außenseiter-Spitzenreiter“ wie alles im Gazastreifen von der Hamas kontrolliert und berichtet investigativ wie auch humorvoll live aus dem Hamas-Bunker unter dem Stadtkrankenhaus über eine Begrüßungsgeldausgabe für Selbstmordattentäter, die Stürmung einer verlassenen jüdischen Siedlung (ich verstehe vom empörten Kommentar nur etwas wie „vergoldete Wasserhähne!!!“, „fünf Videorecorder – noch originalverpackt!!!“) oder das Trabitreffen in Rafah. Ohnehin ist der Palästinenser sehr dem Komischen zugetan. Auf den Tischen des Lokals liegen zahlreiche Ausgaben des „Eulenspiegel“, einer „Satirezeitschrift für Männer“, die mit spitzer Feder augenzwinkernd das Leben in Gaza kommentiert, „auf dass den Juden das Lachen im Halse stecken bleibt“ (Eigenwerbung „Eulenspiegel“). Die landestypische Larmoyanz fehlt hier ebenso wenig, wie pfiffige und tabulose antisemitische Karikaturen.

„Wer soll das Land wieder aufbauen?“, frage ich nach meinem Rückweg zum „Beach-Hotel“ entlang heruntergekommener Häuserfassaden, aufgerissener Straßen und Gehwege, Spiegel-TV-Kamerateams und immer wieder Schischarauchender Männer den Hotelmanager Mohammed Salabya. Der in den Strand-

bars verbreitete Sauftourismus vorrangig aus Ägypten und Tunesien kommender Besserwessis kann sicher einen kleinen Beitrag leisten, erklärt Salabya – nachdem ich ihm meine Zigaretten ausgehändigt habe – mit sorgenvoller Miene, auch die „zahlreichen Irren aus Deutschland" – auch wenn die „immer sehr knausrig beim Trinkgeldgeben" seien. Vor allem wird Gaza aber mehr Hilfe aus dem Westen benötigen. Und zuletzt seien ohnehin die Juden schuld, führt Salabya in der landestypischen Marotte, andere für ihr Unglück verantwortlich zu machen, schmunzelnd aus.

Erleichtert betrete ich den israelischen Checkpoint, genieße die Kontrollen und werfe einen letzten Blick zurück – vorbei an der Schlange der Einreisenden auf die einem großen Trümmerhaufen gleichende Stadt Gaza, dem Arbeitslosenparadies in der Wüste. „Zynisch und menschenverachtend", höre ich es am Kontrollpunkt neben mir in einer allzu bekannten Klangfarbe sächseln, senke meinen Blick auf Höhe der Handlaufleiste und werde Peter Sodanns gewahr. Eilig verlasse ich den Checkpoint in Richtung Tel Aviv.

Jörg Folta

Anmerkungen:

1 Die Grenzkontrollen wurden kurz vor Drucklegung der Bonjour Tristesse erheblich gelockert.
2 Achtung!!! 100. Peter-Sodann-Witz in der Bonjour Tristesse.

Spalten statt Versöhnen

Zwietracht zu säen, war das Ziel der „AG No Tears for Krauts" Halle, wie sie in ihrem Einleitungsvortrag in Leipzig sagte. Mitte Januar lud die AG gemeinsam mit der „Bahamas"-Redaktion zu einer Vortragsveranstaltung in den Leipziger Süden ein. Diese war eine Reaktion auf das Verbot einer Veranstaltung mit Justus Wertmüller, die im „Conne Island" stattfinden sollte (siehe Bonjour Tristesse Nr. 11). Der gemietete Raum war überfüllt, rund 200 Personen konnten nicht mehr hereingelassen werden und vor den angeklappten Fenster lauschten Trauben von Menschen. Nach den Vorträgen von Martin Dornis, der Bahamas-Redakteure Sören Pünjer und Justus Wertmüller regten sich einige Leipziger ein wenig auf, es wurde viel über den „Cee Ieh"-Newsflyer gesprochen und der Vorschlag aus dem Publikum gemacht, dieser Veranstaltung eigene folgen zu lassen, in welchen der Sumpf der Leipziger Linken thematisiert werden sollte. Was folgte, war wenig. Neben den Partygesprächen, in denen noch Wochen nach der Intervention von außen über den Vortragsabend diskutiert wurde, reagierte nur die „Cee Ieh"-Redaktion und trat geschlossen zurück. Für sie hat eine neue Phase begonnen, denn die Redakteure wollen nun eine bundesweit erscheinende Zeitschrift herausgeben. Im Folgenden ist der Einleitungsvortrag der „AG No Tears for Krauts" dokumentiert.

Ohne Zweifel. Wer in Delitzsch, Grimma, Zwickau oder noch schlimmeren Ansiedlungen das Licht der Welt erblickt, für den erscheint ein Umzug nach Leipzig wie das Tor zum Paradies. Und das insbesondere dann, wenn die zukünftige Meldeadresse im Radius von zwei Kilometern um das Leipziger Connewitzer Kreuz liegt, wo das Leben lustig, die Wände bunt und die sogenannte Szene lebendig ist. Nicht wenigen zugezogenen Linken dürfte der rechtzeitige Ortswechsel die körperliche Unversehrtheit gerettet haben. Der Leipziger „Süden", so die gängige Bezeichnung für den sächsischen Garten Eden, ist hip, vor Nazis und anderen ostdeutschen Rohlingen sicher; die Drogen sind billig, die Menschen schön.

Der tiefen Dankbarkeit über diesen Umstand dürfte es zuzurechnen sein, dass sich das linke Leipzig mit seiner Stadt innig verbunden fühlt. Der Stolz auf Connewitz und seine Sitten und Gebräuche ist unübersehbar, er kriecht aus allen Ritzen, er liegt wie eine Glocke über dem Stadtteil – gar nicht unähnlich dem Gestank vergorener Reste über der Bier-Brauerei im Leipziger Stadtteil Reudnitz. Dieser Stolz dürfte auch einer der Gründe dafür gewesen sein, warum im Herbst des vergangenen Jahres eine Veranstaltung im „Conne Island" verboten wurde und selbst jene, die das Verbot verurteilten, auf Kritiker, deren Personalausweis sie als nicht wohnhaft in Leipzig ausweisen, allergisch reagierten.

Das „Bündnis gegen Antisemitismus" Leipzig ersuchte damals das Plenum des „Conne Island" in einer Sache, die eher einer Formalität gleichkommt: Eine Diskussionsveranstaltung sollte stattfinden, wie schon dutzende Male zuvor, diesmal zum Thema „Integration"; der Referent: Justus Wertmüller. Doch so einfach war die Sache bekanntlich nicht. Nachdem Meinungen ausgetauscht worden und die Vorwürfe „Rassismus!", „Sexismus!" und „Diskussionsstil!" maßgeblich vom „Antifaschistischen Frauenblock Leipzig" und Umfeld zum x-ten Mal wiedergekäut worden waren, erteilte das Plenum ein Verbot, das später niemand mehr so nennen wollte. Das „Conne Island" wies den Verbotsvorwurf weit von sich und bezeichnete den Vorgang nüchtern als Absage – ganz so, als handele es sich um die Folge eines Wasserrohrbruchs. Andere Inselbewohner erfanden die bemerkenswerte Sprachregelung: „Wir machen DAS eben nicht." Auch das „Bündnis gegen Antisemitismus" begab sich in die Niederungen des Diskurses, bescheinigte Wertmüller ein Pöbler zu sein und signalisierte so Gesprächsbereitschaft mit der linken Zensurbehörde. Der „Conne-Island"-Newsflyer „Cee Ieh" bestrafte das Verbot zwar mit einem Autorenstreik und belieferte den Newsflyer in der Januarausgabe nicht wie üblich mit den Abhandlungen über Rassismus, Szenetratsch und aufgepeppten Hausarbeiten. Aber auch der Newsflyer ließ es auf einen offenen Bruch nicht ankommen.

Vielmehr reihte sich, angesichts einiger scharfer Kritiken aus Berlin und Halle auch der „Cee Ieh" in die Gemeinschaft der Beleidigten, der Gekränkten und sich ungerecht behandelt Fühlenden ein. Als Reaktion auf eine in der hallischen Zeitung „Bonjour Tristesse" abgedruckten Anzeige, die sich über die Leipziger Verhältnisse belustigte und im Zusammenhang mit der Abbildung des Konterfeis des MDR-Entertainers Achim Menzel konstatierte, dass es im „Cee Ieh" nun endlich nur noch um Musik ginge, zeigte sich die Redaktion des inoffiziellen Connewitzer Regierungsblattes weitgehend humorresistent. Neben Auslassungen über „Mamis", die ihre „Kinder", also die Redakteure der *Bonjour Tristesse*, „zeitig ins Bett schicken" würden, war der „Cee Ieh" sehr kreativ und nannte die Redakteure „Provinzler". Diese wirklich messerscharfe Analyse – die öffentliche Selbstbetiteltung der „Bonjour Tristesse" lautet „Antworten aus der Provinz" – verrät mehr über den Verfasser und sein Umfeld als über die vermeintlich Beleidigten. Denn angesichts der puren Unbewohnbarkeit weiter Teile Leipzigs; angesichts der gerade mal doppelten Einwohnerzahl gegenüber Halle; angesichts von Identifikationsfiguren wie den unsäglichen „Die Prinzen"-Sängern Krumbiegel und Künzel und dem Sitzblockierer Ex-Oberbürgermeister Tiefensee, die es in Sachen Provinzialität locker mit den hallischen Lokalgrößen Peter Sodann, Dariusz Wosz und Kai Pflaume aufnehmen könnten, ist der Verweis auf „Provinzialität" seiner Kritiker geradezu grotesk.

In dem Vorwurf der Provinzialität verdichtet sich vielmehr das Verhältnis der Leipziger Linken zur Connewitzer Scholle selbst. Er zeugt von einer eklatanten Schwäche der realistischen Einschätzung ihrer eigenen Umwelt. Angesichts der Zustände, die sich in ihrer Ausprägung kaum von Vorgängen in Dessau, Potsdam oder eben Halle unterscheiden; oder schlimmer noch: Angesichts einer Stadt, die sich als Vorbild für die gesamte Republik anpreist und unter der Schirmherrschaft einer obskuren „Leipziger Freiheit" steht – so der stadtoffizielle Werbeslogan –, einer Stadt, die sich immer wieder als „Wissenschafts-",

„Bach-“ oder gar „Heldenstadt“ in Szene setzt, angesichts dieser Stadt wäre das Vorgehen einer ideologiekritischen Linken „in und gegen Leipzig“ dringend notwendig.

So wie Leipzig sich aufgrund seiner Geschichte für überaus progressiv hält, so hält sich auch seine linke Szene aufgrund ihrer angeblichen Israelsolidarität für geradezu einzigartig und schon deshalb für besonders schützenswert. Man fühlt sich urban, dissident, der Kritik des Antisemitismus mächtig und damit als Teil einer Gemeinschaft der Guten; der „Süden“ als eine Art Prenzlauer Berg in dreckig, nur ohne Schwaben und andere Fremden; ein Reservat des basisdemokratischen Zusammenlebens, dessen höchster Ausdruck die hochgelobte Konsensfindung ist.

Leipzigs Linke sind damit Teil einer städtischen Selbstinszenierung und gehen dieser selbst auf den Leim. Während den Marketingexperten mit ihren unendlichen Geschichten über die friedliche Revolution, die Hauptstadt der Bürgerrechtler, über Demokratie, Pfarrer Führer und Höchstleistungen in Kunst und Kultur auf Grund ihres Lohnverhältnisses noch ein instrumentelles Verhältnis unterstellt werden kann, ist die Liebe der Leipziger Linken zum „Süden“, zum „Laden“ (für „Conne Island“) oder zur „Karli“ (Sprech für die Karl-Liebknecht-Straße, die als Hauptgeschäftstraße Leipzigs Zentrum mit Connewitz verbindet) authentisch und offenbar durch nichts zu erschüttern. Die Wenigen, die sich der basisdemokratischen Wohlfühl-Gemeinschaft verweigern, werden geächtet und sogar, wie auf einem „Conne Island“-Plenum geschehen, mit Prügel bedroht. Wer nicht mitspielt, ist raus.

Angesichts dieser Leipziger Linken, für deren übergroße Mehrheit die Kuschelgemeinschaft alles, die Wahrheit hingegen nichts bedeutet, ist das heutige Motto unserer Veranstaltung „In und gegen Leipzig“ unbedingt auf die Linke selbst anzuwenden. Zwietracht zu säen – nicht mehr und nicht weniger – ist das Ziel. Wir wünschen viel Vergnügen.

AG „No Tears for Krauts“ Halle

Das Imperium schlägt zurück

Als die Bonjour Tristesse Anfang 2007 erstmals erschien, kündigten wir an, dass eingesandte Texte nur dann veröffentlicht werden würden, „wenn sie uns gefallen, wir sie für diskussionswürdig halten oder sie besonders abstrus oder lustig finden“. Vier Jahre mussten wir warten, bis uns ein Text erreicht, der hervorragend in die letzte Kategorie passt. Eine Leserin schickte uns den unten dokumentierten Text mit dem Betreff „kurzartikel von doktor sigrun: ‚keine tränen für no tears for krauts’“. [Schreibweise hier und im Text wie im Original] Sigrun, die sich selbst die Doktorwürde verliehen hat, zeigte sich in ihrem – nun ja – Schreiben empört über das angeblich rüpelhafte Verhalten einiger Personen aus dem Umfeld der AG „No Tears for Krauts“ beim Straßenfest des linken Kulturprojektes „Ludwigstraße 37“ (auch bekannt als VL) in der Nacht vom 7. zum 8. Mai. Sigrun beklagte sich über allerlei Fehlverhalten ihrer antideutschen Lieblingsfeinde, vergaß aber, den eigentlichen Skandal des Abends zu erwähnen. Einige durchgeknallte Irre aus dem Umfeld des VL – eine bessere Umschreibung dieser Leute gibt es leider nicht – entfernten ein Transparent von der Bühne, auf dem den Alliierten für die Zerschlagung Nazideutschlands gedankt wurde und sich gegen Antisemitismus und Nationalismus gewandt wurde: eine Position übrigens, mit der im Gegensatz zu einigen Altlinken nicht einmal Angela Merkel und Erika Steinbach ein Problem haben dürften. Als einige Veranstaltungsgäste diese Form der Zensur unterbinden wollten, wurden die Antinazi-Gegner aus dem VL handgreiflich. Ihnen konnte das Banner zwar wieder abgenommen werden, sie versuchten aber immer wieder, das Transparent erneut gewaltsam zu entreißen. Im Publikum wurde unterdessen zur Aufpeitschung der Pazifistenmeute immer wieder angestimmt: „Frieden erhalten, Nazis raus!“ Die Freunde des alliierten Krieges gegen das „Dritte Reich“ als „Nazis“ zu bezeichnen, erfreute sich an dem Abend unter den versammelten Friedenslinken großer Beliebtheit. Das Transparent blieb letztlich zwar auf der Bühne; die Auseinandersetzungen gingen allerdings so lange, dass die Party nicht fortgesetzt werden konnte. Der für den weiteren Abend geplante DJ bekam seine Gage ohne sein Zutun – und die linken Nazis mussten wutschnaubend das Feld räumen.

All diese Geschehnisse waren für Sigrun offenbar nicht spannend genug, um über sie zu schreiben. Das emotionale Erleben der Mitglieder der AG „No Tears for Krauts“ allerdings schon. Wir dokumentieren hier das Textangebot und darauffolgenden Briefwechsel mit „Sigrun“ von der mal freien, mal nicht so freien „Zapatistischen Hedonistenfront Halle“, die eine vorgeblich niedrige Quote weiblicher Autoren für ganz dolle unemanzipatorisch hält und glaubt, dem Problem durch Selbstfeminisierung entgehen zu können: Hinter „Sigrun“ verbirgt sich in realitas ein „Siegfried“.

liebe bonjour tristesse-redaktion.
ich bin sigrun aus halle und habe einen kleinen präsentationsbrief zu den vorfällen beim diesjährigen kapitulationsfest in der ludwigstrasse geschrieben. am besten,ihr druckt in als artikel,das hebt mal die autorinnenqoute bei euch (ich hörte,bei euch schreibt genau eine frau,uuuh wie emanzipatorisch!).
notfalls geht es auch als leserbrief,aber das führt zu der konsequenz,dass viele in halle denken,ihr seid nicht kritikfähig,hähä.nun ja,genug mit dem geschwafel.hier der brief:

hallo liebe krauts!
Wir,die Freie Zapatistische Hedonistenfront Halle und einige andere nette libertär denkende leute aus halle wollen euch unseren gruss senden und euch gratulieren,dass ihr es mal wieder geschafft habt, die ecklige fratze des faschismus in der linken aufzuzeigen.leider wart in dem falle ihr selbst die faschisten.wer sich über langhaarige,kiddi-punx und alt-linke,welche in der ddr für ihr unangepasstes denken im knast sassen, lustig macht(„geh doch mal zum frisör“,“gibts deinen iro auch bei ikea?“,“hallo antisemiten-paul!“ etc.), der hat wahrscheinlich grosse emotionale seblbstwertprobleme.
das tragische ist,dass genau diese sozialfaschisten sich als arrogante,überhebliche,machistische linke moralapostel aufspielen.sprich, nen dj mobben,wenn er eine us-kritisches lied spielt. wer keine kritik zulässt,auch wenn sie manchmal stereotyp und dumm ist, der wird zum kleinen adolf.
so das reicht erstmal.ihr armen.ihr tut uns jetzt schon leid.denn das imperium schlägt zurück,hähä!
dies sei die erst stellungsnahme der freien hedonistInnen.
ich hoffe,wir bleiben in kommunikation.ich hoffe,ihr kommt mir jetzt nicht mit adorno-zitaten,die ihr selbst nicht kapiert habt.
ich hoffe,ihr könnt mal euren kranken kopf ausschalten und auf euer herz hören.
beste grüsse, the host

Da „Sigrun“ nicht sofort die gewünschte Beachtung erhielt, wurde sie bereits vor Ablauf des nächsten Tages quengelig – aber merkwürdigerweise auch zutraulicher:

ey leute,ihr habt aber ne lange leitung.oder seid ihr euch zu fein,mit mir zu kommunizieren?ich würde gerne.ich hoffe auf baldige antwort
sigrun

Die Redaktion begreift es zwar grundsätzlich nicht als ihre Aufgabe, ihren Lesern beim Erwerb von Frustrationstoleranz behilflich zu sein, die sich spätestens im Grundschulalter hätte entwickeln müssen. Da sie aus Zeitgründen erst später auf „Sigruns" Auslassungen antworten konnte, konnte sie in diesem Fall allerdings doch einen kleinen (unfreiwilligen) Beitrag zur nachholenden Bewältigung dieser Entwicklungsaufgabe beitragen. Um „Sigrun" keine Aufgaben zu stellen, die sie überfordern, sprich: um die Frustration nicht übermächtig werden zu lassen, ließ die Bonjour Tristesse ihre Sozialarbeiterfraktion antworten:

Liebe Sigrun,
da wir weder eine Ein-Mann-Gruppe noch nach dem Führerprinzip aufgebaut sind – soll heißen: da wir uns im Unterschied zu den meisten anderen Gruppen in Halle untereinander abstimmen müssen – brauchen wir mit unseren Antworten manchmal etwas mehr als 24 Stunden Zeit. Vielen Dank aber auf jeden Fall für Deine E-Mail. Der Text, den Du bei uns eingereicht hast, entspricht in seiner jetzigen Form allerdings leider nicht ganz unseren publizistischen Vorstellungen. Um ihn in der Bonjour Tristesse veröffentlichen zu können, müsstest Du drei Dinge verändern:
1. Der Text ist als Brief konzipiert, der sich zwar möglicherweise seinem Adressaten erschließt, dem Großteil der BT-Leser dürfte allerdings nicht klar sein, auf welche Ereignisse Du anspielst. Kannst Du unseren Lesern eventuell ein wenig umfangreicher erklären, worauf Du Dich beziehst? Sonst hat das Ganze nur den Charakter einer Insidermeldung, die nur für fünf, sechs Leute interessant ist.
2. Humor und Ironie müssen sich aus sich selbst heraus erschließen. Vielleicht kannst Du ja an den entsprechenden Stellen noch etwas feilen, so dass Du auf Regieanweisungen u.ä. („Hä, hä" usw.) verzichten kannst.
3. In Sachen Rechtschreibung und Grammatik sind wir zwar keine Puristen, auf ein paar grundlegende Dinge achten wir allerdings schon: Dingwörter (Substantive) sollten konsequent groß, Tuwörter (Verben) kleingeschrieben werden. Hinter Satzzeichen muss ein Leerzeichen stehen. Vielleicht kannst Du ja darüber hinaus auch noch mal jemanden in Hinblick auf Rechtschreib- und Tippfehler über Deinen Text schauen lassen. Manchmal übersieht man einfach etwas, wenn man lange an einem Text arbeitet. Wenn Du uns die Überarbeitungen bis zum nächsten Mittwoch zuschicken könntest, wäre das super. Dann könnten wir den Text noch mit in das nächste Heft aufnehmen. Sonst müsstest Du drei bis vier Monate bis zur nächsten Ausgabe warten, Dein Text wäre schon wieder unaktuell und Deine Mühe wäre umsonst gewesen.
Beste Grüße,
Daniela für die Redaktion

„Sigrun" wurde nun noch zutraulicher:

hallo daniela,
danke für die tipps.ich werde versuchen,den text nochmals ein wenig zu zu ändern. auf die briefform möchte ich allerdings nicht verzichten.da müssten wir einen kompromiss aushandeln.ich würde notfalls das ganze doch als leserbrief laufen lassen,falls dieser auch in der nächsten print-ausgabe erscheint. mit der rechtschreibung kann ich euch verstehen,doch das spiel mitschrift und sprache macht mir sehr spass und alle wörte klein ist so ein spiel. na ja,da liesse sich auch eine einigung erzielen.
gut,ich melde mich!
sigrun von der ZHBFH
(ZapatistischHedonistischeBefreiungsFrontHalle)

„Sigrun" hatte in dieser E-Mail wohl ihre Fähigkeit überschätzt, einen Zwölfzeiler innerhalb einer knappen Woche auf ein halbwegs lesbares Niveau zu heben. Dafür war ihr Kuschelbedürfnis weiter gestiegen. Hatte sie die AG „No Tears for Krauts" in ihrem ersten Schreiben noch als „Faschisten", „Sozialfaschisten", „arrogante, überhebliche, machistische linke Moralapostel", herzlose „kranke Köpfe" bezeichnet, wollte sie diese Wiedergänger Hitlers keine sieben Tage später gemeinsam mit den „Hardlinern der Ludwigstraße" zum großlinken Stelldichein ins neue Hausprojekt einladen:

So,ihr Lieben,
da Wir genau wie Ihr (und übrigens,man soll es nicht glauben,auch einige andere gruppen in halle) die zapatistische Verlagslinie getreu einhalten (Marcos:"Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald", Nautilus 1996, S. 12–17), also nicht dem sogenannten Führerprinzip unterstehen,haben wir entschieden,den Text so zu belassen und euch zu bitten,ihn als Leserbrief zu drucken.Wort für Wort.Ohne Änderung.
Das Thema ist natürlich noch nicht beendet.Wir werden im Juni die „Andere Kamapgne" starten. Das bedeutet, wir werden zu gemeinsamen Diskussion und gepflegten Prügeleien von Angesicht zu Angesicht einladen. Adresse: Steinstrasse 55 – unser neues Hausprojekt. Sprich Delegierte von der Tristesse, den Krauts, der AG Antifa, den Hardlinern der Ludwigstrasse,den Leuten der Reilstrasse kommen mit allen Interessierten zusammen. In unserer netten Bar unten links. Da wo wir alle herkommen,hihi.
Wird mal Zeit, Tacheles zu reden und uns nicht mehr feige hinter den Schreibfedern bzw. Notebooks zu verstecken. Diesen Zwischentext bitte ich euch,abzudrucken. Das wäre für uns ein Zeichen der Kooperation.Ich weiss nicht,ob ihr einen Sinn in unserer Kampagne erkennt,ich weiss nicht ob wir selber einen sehen,aber einen Versuch ist es allemal wert.
Na dann,viel Spass beim Druck
Die Redaktion der „Bonne Nuit Tristesse"
Subcommandante Sigrun

Warum „Sigrun" ausgerechnet den Máximo Líder Subcommandante Marcos, dessen Konterfei auf unzähligen T-Shirts, Kaffeetassen, Bundeswehrrucksäcken, Plakaten und Schlüsselanhängern abgebildet wurde, als Kronzeuge gegen das Führerprinzip heranzog, blieb schleierhaft. Die Möglichkeit, dies persönlich zu erfragen, hat sich bislang nicht ergeben: Der Juni ist längst vorbei, und die Redaktion wartet immer noch sehnsüchtig auf den Beginn der „Anderen Kamapgne" und das gemütliche Beisammensein in der „netten Bar unten links".

BAHAMAS
Nr. 60 Sommer 2010
The Mavi Marmara Warriors
Klima, Viren, Mutationen ● Der Ton gegen die Juden wird härter ● Mavi Marmara und die Folgen ● Konsequenzen des Islamophobie-Diskurses ● Wahngebilde der Münchner Linken ● Kritische Nationalismusforschung ● Märtyrerkult, Triebregulation und Moral im Islam ● Griechenland als Grab des Euro ● Katholische Sexmonster überall ● Die feministische Ideologie und ihre Kritikerin ● Antikatholizismus und die Beseitigung des Gewissens ● Protestantische Askese und das Glück ● Die Ideologie der Reformpädagogik ● Die Nachtigall der kath. Kirche ● J-Street und J-Call u.a.m.
5 EUR (Briefmarken): BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel.: 030 / 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

SALON BOLSCHEWIQUE
Spalten statt Versöhnen

26.10. Lesung: Martin Sonneborn
● Beyerhaus Leipzig

3.11. Hausfrauen fragen - Wissenschaftler antworten: „Immanuel Kant und der kategorische Imperativ" mit Christoph Beyer
● Altes Theater Dessau

26.11. Lesung: 11 Freunde
● Beyerhaus Leipzig

7.12. Lesung: Rocko Schamoni
● Altes Theater Dessau

21.12. Hausfrauen fragen - Wissenschaftler antworten
● Altes Theater Dessau

Infos & Tickets:
www.salon-bolschewique.de

ab 26.8. in Dessau
www.restaurant-altes-theater.de

Altes
THEATER
RESTAURANT & BAR

The same procedure ... as every day.

Wahnsinn, Kuriositäten und Erfreuliches aus der Provinz.

» Heydrich, Händel, Halloren

Das hallische Kulturangebot ist wieder um eine Attraktion reicher. Natürlich sind jedem die Hallorenkugeln oder Georg Friedrich Händel ein Begriff, neu ist jedoch die Idee, die Alliteration komplett zu machen: „Heydrich, Händel, Halloren – dafür ist Halle an der Saale bekannt." Und genauso wie man die Schokolade essen oder Händel lauschen kann, soll auch der SS-Obergruppenführer und Manager des Holocausts erlebbar werden. Im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" soll das Jugendinfoportal der Stadt Halle einen Stadt-Rallye-Plan zum Download anbieten. Das Ganze kommt einer Schnitzeljagd gleich, bei der „spielerische Herausforderungen zu meistern" sind. Der Nationalsozialismus und die Verbrechen eines Reinhard Heydrich sollen „greifbar werden". Ausgangspunkt für die Tour ist die Touristen-Information auf dem Marktplatz. „Mit Zettel, Stift, Stadtplan und einer Reichsmark (ein Euro)" bewaffnet, kann man dann auf eigene Faust die Stadt erkunden, Quizfragen beantworten und „die Stadt von einer ganz neuen Seite kennenlernen". Damit erreicht die Erlebnispädagogik in Halle ein neues Hoch. Nachdem die „Kinderstadt" (Bonjour Tristesse Nr. 11) die Kleinen auf den Weg zum Jobcenter vorbereitet hat, kann nun die Vergangenheit hautnahe erlebt werden. Mit der Reichsmark in der Tasche und in die Zeit zurückversetzt, sollen „in verschiedenen eingebetteten Aktionen auch Passanten eingebunden werden". Wie genau die nationalsozialistische Spielewelt gestaltet werden soll, bleibt ein Geheimnis der Initiatoren. Sollen die Teilnehmer den SS-Gruppenführer mimen? Welche Herausforderungen sollen an der alten Synagoge gemeistert werden, um den Nationalsozialismus zu erleben? Oder darf auch das Attentat auf Heydrich nachgespielt werden?

Leider ist es bisher jedoch nicht möglich, sich die Route auf der angesprochenen Internetseite herunterzuladen, und auch die Stadtinformation ist nicht in der Lage, eine Auskunft zu geben. Es scheint fast so, als ob das Projekt eingestellt wurde. Das ist schade, denn so war es nicht möglich selbst zu erfahren, wie es sich als Reinhard Heydrich anfühlt, mit einer Reichsmark bewaffnet, auf Menschenjagd zu gehen. Oder ob es möglich gewesen wäre, einen Joker zu benutzen, wenn man beim Wehrmachtsquiz die Frage zur Fahrzeugausstattung des Panzerspähwagens „Luchs" nicht beantworten kann. Bekannt ist bisher nur, dass die alte Synagoge, das Amtsgericht und die Stolpersteine „auf der spannenden Route stehen sollten". ***(nen)***

» Verqueerung der Tatsachen

Ende des vergangenen Jahres lud eine studentische Initiative zum Vortrag „Andere Sichtbarkeiten? Queering Hip-Hop zwischen Repräsentation und Aneignung" an der Uni Halle ein. Die Referentin Katharina Morawek bewies an dem Abend, dass es im universitären Milieu nicht darum geht, die Wahrheit zu entdecken, sondern darum, ein wenig Diskurs zu spielen und zahllose Theorien ohne jeden Sinn und Verstand zu mixen, welche zu nichts anderem geeignet sind, als die Wahrheit vollends zu verschleiern. Diese Inhaltsleere gipfelte in der Aussage der Referentin, dass es gar nicht um „richtig" oder „falsch" gehe, sondern nur darum, was sich am Ende durchsetze. Was sie allerdings gedachte durchzusetzen, war bestenfalls ein schlechter Scherz.

Veranstaltet wurde besagter Vortrag von „Queer_einsteigen". Einer jenen studentischen Verbindungen also, die bereits hinter Aftershaves und Sonnencremes Sexismus erkennen wollen. Im Hip-Hop hingegen, so wollte die Gastreferentin verdeutlichen, sei wohl weder Sexismus noch Homophobie zu entdecken. Es handele sich bei solchen Unterstellungen nämlich nur um ein „Bild" bzw. eine „Folie", wie schon dem Ankündigungstext zu entnehmen war. Um diese Behauptung nicht selbst zu widerlegen, musste die Referentin über die lange Liste homophober Hip-Hopper schweigen, die als das „Who's Who" des Raps gehandelt werden könnte. Stattdessen kramte sie einige der wenigen homosexuellen und „queeren" Rapper heraus, die es tatsächlich gibt, die aber abgesehen von einer kleinen Community niemand kennt. Die Referentin konnte sogar auf eine einzige angeblich homosexuelle deutschsprachige Rapperin verweisen, womit sie einen besonders eindrucksvollen Beleg dafür lieferte, dass die „scheinbare[!] heterosexuelle Dominanz in der Hip-Hop-Kultur" nur ein Hirngespinst sein könne.

Dass Hip-Hop trotzdem „immer wieder für seinen angeblich inhärenten Sexismus und seine Homophobie kritisiert" wird, läge vor allem an den „weißen Medien". Diese sehen in den Rappern nämlich lediglich „schwarze, heterosexuelle Körper", wie es im üblen akademischen Jargon heißt, der den gesamten Vortrag durchzog. Erst diese Zuschreibung stempele die eigentlich unschuldigen Rapper als homophob ab. Einen Beleg dafür lieferte sie zwar nicht, dafür hatte sie nun aber einen Rassismusvorwurf zur Hand, mit dem sie jede Kritik an Raptexten abwehrte. Die Rapper auf der anderen Seite erstrahlten dadurch in noch hellerem Licht. Sie wurden im gesamten Vortrag lediglich als queer, als Opfer rassistischer Hetze oder beides präsentiert. Für die Referentin sind dies offensichtlich Eigenschaften, welche deren Träger per se als gut ausweisen und vor jedem Fehlverhalten schützen.

Aber warum sind denn Weiße nun solche Rassisten? „Die Matrix, die dieser Wahrnehmung zu Grunde liegt, ist eine des Weiß-Seins", erklärt uns die Queerdenkerin. Ihr Verhalten läge also in der Hautfarbe begründet. Vor diesem Argument zeigt sich ihr Rassismusvorwurf gegen Weiße als blanke Projektion. Ist es doch gerade sie selbst, die im Geiste der aktuell um sich greifenden „Critical-Whiteness-Studies" Menschen unterschiedlicher Hautpigmentierung spezielle Denkweisen andichtet.

Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass solcherlei rassentheoretische Überle-

gungen der Referentin um beide Ohren gehauen werden. Doch dazu sahen sich weder das anwesende Publikum, noch die Veranstalter veranlasst. Aber sie schwiegen nicht nur zum ordinären Rassismus, sondern bewiesen auch recht eindrücklich, dass ihnen die Opfer von Homophobie im Grunde scheißegal sind. Statt sich auf deren Seite zu stellen und die Dinge beim Namen zu nennen – nämlich, dass Hip-Hop zu einem großen Teil von homophoben Arschlöchern produziert wird, und zwar unabhängig von deren Hautfarbe – drehen sie den Spieß um und bezichtigen jene als Lügner und Rassisten, die mit gutem Recht keinen Bock mehr darauf haben, sich auf allen Kanälen die Beleidigungen wild gewordener Männerbanden gefallen zu lassen. *(uci)*

» Das Scheenste der Welt

In Leipzig kann man noch auf das Volk zählen. Wenn sich die Stadt an der Pleiße als Austragungsort für die Olympischen Spiele bewirbt, gehen ihre Bewohner auf die Straße und versuchen, einen positiven Entscheid herbei zu brüllen – ganz so, als ob Volkszorn zu den Auswahlkriterien des Internationalen Olympischen Komitees gehört. Dass die Leipziger 1989 für Reisefreiheit und die nationale Einheit ebenso auf die Straße gingen, dafür feiern sie sich jährlich am 9. Oktober, am Jahrestag der ersten Protestdemonstration mit Massenbeteiligung, selbst. Stolz sind die Bewohner auch auf ihr Wahrzeichen, das für den nationalen Zusammenhalt und die Opferbereitschaft der Deutschen steht: das Völkerschlachtdenkmal. Mit einer ordentlichen Portion Selbsttäuschung wirbt das Stadtmuseum Leipzig für das Denkmal mit dem Motto „Das Schönste der Welt". Dieser Slogan ziert Straßenplakate und Zeitungsanzeigen. Unter ihm ist auf der rechten Seite die Silhouette des Völkerschlachtdenkmals und auf der linken, bloß viel kleiner, wahlweise die des Big Ben, der Freiheitsstatue, des Eiffelturms oder des Taj Mahal zu sehen. Der Koloss der völkischen Bewegung ist also das „Schönste der Welt". Im Unterschied zu den anderen Sehenswürdigkeiten ehrt das Völkerschlachtdenkmal die nationale Schicksalsgemeinschaft und soll an den Sieg der Armeen Preußens, Österreichs, Schwedens und Russlands über Napoleon vor den Toren Leipzigs erinnern. In der Ruhmeshalle können die Besucher sehen, welche vier „Eigenschaften des deutschen Volkes während der Befreiungskriege" die Gemeinschaft auszeichnete, wie in einem Denkmalführer zu lesen ist. Vier Riesenfiguren zeigen die Eigenschaften „Tapferkeit", „Opferfreudigkeit", „Glaube an die Gemeinschaft" und die „Volkskraft", die sich immer wieder durch weitere Generationen erneuert (zwei Kleinkinder saugen an den Brüsten einer Figur). Die organische Opfergemeinschaft wird komplettiert durch kleinere Figuren, Frauen und Alte, die als Hinterbliebene trauern. Das 91 Meter hohe Monument völkischer Ideologie ist alles andere als eine Augenweide – im Unterschied zu den harmlosen Baudenkmälern, mit denen es in der Werbung des Stadtmuseums verglichen wird.

Das Schönste der Welt muss eben in der Pleißestadt zuhause sein, und ihren Stolz auf das Völkerschlachtdenkmal lassen sich die Leipziger von niemandem madig machen. Stellvertretend für sie zählt das Stadtmuseum auf, wer das Mahnmal für sein eigenes Nationsverständnis „benutzt" und so instrumentalisiert und zweckentfremdet hätte. Die Liste ist lang: die Feinde der Weimarer Republik, zu denen auch völkischen Ideologen gehörten, die Nationalsozialisten, die DDR-Führung, die in einer solchen Auflistung nicht fehlen darf, und die Nazideppen von heute. Einzig und allein das neue Deutschland darf, wenn es nach den Denkmalshütern geht, sich an dem Völkerschlachtdenkmal und an sich selbst ganz ungeniert erfreuen. Auf der Website wird die Symbiose von Widerstand gegen Nazis und der Deutschlandliebe exemplarisch vorgeführt. Zunächst wird im Internet gegen die sächsische NPD, die auf der Titelseite ihrer Zeitung im Kopf das Völkerschlachtdenkmal zeigt, protestiert. Man wähnt richtigerweise die deutsche Gemeinschaft der Guten hinter sich, denn „für die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger" gehöre das „Verständnis von Nation und Gesellschaft" der NPD „auf den Müllhaufen der Geschichte". Scrollt man dann auf der Website herunter, kann unter der Empörung über die Partei nachgelesen werden, dass das Stadtmuseum – ganz im Sinne der völkischen Ideologen – das Völkerschlachtdenkmal selbst als ein wichtiges nationales Monument einstuft. Zum zweihundertjährigen Jubiläum der Völkerschlacht und einhundertjährigem Bestehen des „Schönsten der Welt" soll 2013 neben einer Vielzahl von Jugendprojekten – mit dem Ziel, den jungen Leuten das ABC der deutschen Erinnerungskultur einzutrichtern – und musikalischen Gedenkveranstaltungen (u.a. eine „Jazzperformance") eine Ausstellung zur Völkerschlacht gezeigt werden. Als ihr primäres Ziel wird genannt, dass sie dem „nationalem Anspruch" genügen soll. Also: Alles bleibt beim Alten. Leipzig und seine Museumspädagogen setzen alles daran – ähnlich wie die anderen Pleißestädter – ihre Liebe zur Nation zu zeigen. *(msd)*

» Befreie dich vom Sachzwang!

Das Programmheft des freien hallischen Gesinnungsradios „Corax" stand im Januar unter dem Motto „Sachzwänge". In einem kurzen Einführungstext auf dem Deckblatt des Heftes standen folgende Sätze: „Wenn der ‚Sachzwang' sein Zepter schwingt, dann werden die Zumutungen nicht kleiner. Dass das wirkungsmächtige Ideologie ist, zeigt sich somit beim Blick auf die Entwicklung des ‚Thalia Theaters' in Halle. Wir analysieren die Krisenentwicklung der letzten Wochen." Das Thalia Theater war zum damaligen Zeitpunkt von der Schließung bedroht. Die angekündigte Analyse liest sich folgendermaßen: „Die Zerschlagung des ‚Thalia Theaters' war das eigentliche Ziel der Fusion der hallischen Bühnen unter dem Dach der ‚Too-GmbH' („Theater-, Oper- und Orchester GmbH"; Anmerkung B.T.)" gewesen. Dies sei aber nicht „Kern des Problems", sondern die „Funktionalität der ökonomischen Sachzwangslogik, die planierraupengleich noch den letzten Widerspruch einebnen soll, und die vor allem so schön simpel und einleuchtend ist: Wir haben kein Geld, also müssen wir ein Theater schließen." Verantwortlich für den Text sind zwei Frauen aus der Protestgruppe „Thalia21", welche es sich zum Ziel gesetzt hat, die Schließung zu verhindern.

Vor der vorläufigen Rettung des Kinder- und Jugendtheaters im März diesen Jahres verwies die hallische Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados auf gekürzte Landeszuschüsse und bevorstehende Tariferhöhungen im Öffentlichen Dienst, die auch für die Mitarbeiter der städtischen „Theater-, Oper- und Orchester GmbH" gegolten hätten. Zur Rettung der GmbH vor der Insolvenz wäre eine Schließung des „Thalia-Theaters" unter damaligen Bedingungen unvermeidbar gewesen. Über die drohende Schließung zeigte Szabados sich enttäuscht: „Angesichts der Dramatik dieser Situation mussten wir jedoch diesen Schritt gehen." In ihrer Funktion als Oberbürgermeisterin kritisierte sie öffentlich die Landesregierung für die unzureichenden Mittel: „Einerseits werden den Kommunen die Zuweisungen für Theater und für die kommunalen Finanzen insgesamt gekürzt und knallharte Konsolidierungsaufträge erteilt. Andererseits fallen Mitglieder der Landesregierung der Stadt öffentlich, auf höchst populistische Weise in den Rücken." Mit „Mitglieder der Landesregierung" waren der damalige sachsen-anhaltische Wirtschaftsminister Reiner Haseloff und die Kultusministerin Birgitta Wolff gemeint. Beide hatten eine Petition gegen die Schließung des „Thalia-Theaters" unterzeichnet.

Das Verhalten der beiden Minister ist kein Verrat, sondern bezeugt lediglich ihren persönlichen Wunsch. Sie haben gegen das „Thalia-Theater" offensichtlich genauso wenig einzuwenden, wie die Oberbürgermeisterin der Stadt. Jedoch tragen sie für die Mittelvergabe und –verteilung der Landesgelder eine Verantwortung. Soll heißen, sobald das „Thalia-Theater" tatsächlich zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof erwachsen wäre, wie es die Protestierenden gerne gesehen hätten – ihr Gruppenname („Thalia21") lässt diese Vermutung zu –, hätte ihnen trotz ihres persönlichen Willens die Abwahl gedroht. Die Verantwortung der Minister ist nun mal in ihrer Entscheidungsmöglichkeit begründet, bei den Sozial- oder Kulturausgaben, im Kulturressort von Magdeburg oder Halle, bei der Oper oder dem Kinder- und Jugendtheater die fehlenden Mittel einzusparen. Selbst angesichts eines solchen Spielraums an Möglichkeiten besteht tatsächlich nur ein sehr begrenztes Spektrum an Alternativen. Schließlich mag es für die Entscheidungsträger gute Gründe gegeben haben – im Sinne der Selbsterhaltung und im Wissen um die spezifische Situation vor Ort war es somit eine vernünftige Entscheidung –, die Landeszuschüsse zuerst bei der Stadt mit vergleichsweise sehr hohen Kulturausgaben pro Kopf zu kürzen und ferner dieses Defizit nicht kurzfristig mit der Absetzung der geplanten Aufführung des „Nibelungenringes" in der Oper auszugleichen, wie es einige Gegner der Schließung gefordert hatten, sondern besser langfristig in einem Kinder- und Jugendtheater, welches ohnehin eine geringe Besucherzahl und Reputation vorzuweisen hat. Kann man bei den Wahlmöglichkeiten von Freiheit nur als Schein sprechen, so lässt sich die Begründung der Beamten höheren Grades nicht einfach als brauchbare „Sachzwangslogik" und „wirkungsmächti-

ge Ideologie“ abtun, wie es die beiden Verfasserinnen des Artikels getan haben.

Der Sachzwang ist eine Tatsache. Er ist für den Theater-Mitarbeiter, den Chef der Personalabteilung und den Landesminister gleichermaßen erfahrbar. Zur Ideologie wird er jedoch, sobald er zu einer über das Hier und Jetzt hinausgehenden Notwendigkeit verabsolutiert wird, aus welcher es kein Entrinnen gäbe. Die Form und der Zweck der Produktion ist jedoch ein wählbares Los. Dass sie unter den gegenwärtigen Bedingungen eben nicht durch die Vernunft bestimmt werden, sondern umgekehrt, sich gegenüber den einzelnen Menschen zum Zwang verselbstständigt haben, lässt die gesellschaftlichen Verhältnisse erst als übermächtige Natur erscheinen.

Nachdem die beiden Autorinnen die Sachzwanglogik als bloße Ausrede enttarnt zu haben glauben, schreiben sie am Ende ihres Artikels folgerichtig: „Theoretisch ist dieser Sachzwanglogik unter Aufbringung einiger Gehirnzellen zu entkommen, wie zuletzt bei der von der ›Ufo-Universität‹ veranstalteten Diskussionsrunde.“ Vorausgesetzt, man würde den Sachzwang nicht als bloßen Schein verharmlosen, sondern ihn in seinen depravierenden Auswirkung auf die Menschen ernst nehmen, ließe sich theoretisch der Mär seiner Notwendigkeit entkommen, indem man eine Einsicht in die Bedingungen der eigenen Reproduktion erlangt: Unter dieser Voraussetzung erschiene die Möglichkeit seiner Aufhebung. ***(haj)***

» Erfurter Klassik

„Clueso“ ist der gegenwärtige Shootingstar der gesamtdeutschen Rockballaden-Szene. Bei den Konzerten kreischen 12-Jährige wie Schlachtvieh beim Anblick des Bolzenschussgerätes. Und auch bei deren Müttern, die den Job der Beaufsichtigung des unangenehmen Nachwuchses nur vorschieben, ist die Begeisterung für den 32-jährigen Sänger offenkundig. Kurz: „Clueso“ ist Mainstream, und im Mainstream regiert das Mittelmaß. Dabei wäre es jedoch eine erhebliche Untertreibung, „Cluesos“ Texte nur als mittelmäßig zu bezeichnen. Jeder Aufsatz eines versetzungsgefährdeten Neuntklässlers mit Fantasieblockade ist besser zu lesen als das, was Thomas Hübner, so der bürgerliche Name „Cluesos“, unbescholtenen Bürgern, die zufällig das Radio eingeschaltet haben, zumutet. Musik und Text sind so grottenschlecht, man möchte umgehend aus dem Leben scheiden, würde man nicht wissen, dass der Song nach rund drei Minuten ein Ende findet. Dass das nicht im Widerspruch zum Erfolg stehen muss, ist angesichts der geschmacksresistenten Massen, die die Konzerthallen regelmäßig füllen, kein Geheimnis.

Unlängst gab der Erfurter der Zeitschrift „Neon“ ein Interview, mit dem er sich – ohne es zu wissen – um die Nachfolge des bisherigen Ossi-Königs Peter Sodann bewarb, dessen öffentliche Auftritte sich zuletzt gänzlich auf Spaziergänge mit seinem Hund beschränkt haben. Eines Sodann ebenbürtig, beschwerte sich „Clueso“ über die schlechte Behandlung der Ossis durch fiese Fremde: „Die neuen Chefs waren immer Wessis. Es herrschte Misstrauen.“ Weiter prangerte er an, dass sein Vater nach der „Wende“ beim Handel mit „Westautos“ über den Tisch gezogen wurde. Doch auch heute noch seien ihm die vermeintlich seltsamen Charaktereigenschaften der „Wessis“ fremd: In einem Hotel habe er jedem, dem er „auf dem Weg zum Frühstücksraum begegnet [ist], einen ‚Guten Morgen‘ gewünscht. Die Leute haben mich ganz entsetzt angeschaut. Vielleicht ist das ostdeutsch an mir: dass ich so einen Gemeinschaftstick habe.“ Er hat den Vergleich: „Ich habe drei Jahre in Köln gelebt, aber da hat jeder bloß sein Ding gemacht.“ An sich zu denken, das ist für einen Vollblutossi wie Thomas Hübner nun wirklich das schlimmste Vergehen.

Auch auf die Frage von „Spiegel Online“, wo er sich denn politisch verorte, antwortete der Poet im Stile eines ganz großen Künstlers: „Ich will nicht sagen, ob ich links oder rechts bin – obwohl ich das natürlich definitiv nicht bin (lacht). Und: Ich weiß natürlich viel zu wenig Bescheid über Politik.“ Nun kann man von einem, der das zweifelhafte Vergnügen hatte, in der Nähe von Erfurt aufzuwachsen und das großartige Kunststück fertigbrachte, nach einem verpassten Hauptschulabschluss eine Frisörlehre abzubrechen, nicht erwarten, auf jede x-beliebige politische Frage eine intellektuell ausgefeilte Antwort zu geben. Aber man kann erwarten, dass jemand, der unumwunden zugibt, keine Ahnung zu haben, seinen Mut zusammennimmt und einfach mal die Klappe hält. Damit wäre nicht nur ihm selbst geholfen, sondern auch unseren nichtsahnenden europäischen Nachbarn. Denn das „Goethe-Institut“ hatte vor einigen Jahren die fragwürdige Idee, mit „Clueso“ den Italienern deutsche Lyrik nahezubringen. Unbestätigten Angaben zufolge kam es während dieses einseitigen „Kulturaustauschs“ zu einem signifikanten Anstieg spontan ausgeübter Gewalttaten gegen deutsche Touristen. ***(meh)***

» Kultivierung der Leere

Die „Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen Anhalt 2010“ (IBA) organisierte in den letzten zehn Jahren 19 Stadtentwicklungsprojekte in Sachsen-Anhalt. Vergangenes Jahr endete die „IBA“-Sachsen-Anhalt. Der offizielle Slogan „Weniger ist Zukunft“ erinnerte unweigerlich an die Phrase „Scheitern als Chance begreifen“, mit der Insolvenzverwalter und Betriebsleiter die Belegschaft auf ihre Kündigung einstimmen. Ähnlich sarkastische Qualitäten besaßen auch die einzelnen Standortthemen. Für Halberstadt lautete das Thema „Kultivierung der Leere“, für Merseburg „Neue Milieus – Neue Chancen“ und für Stendal – verdächtig deskriptiv – „Zentraler Ort im ländlichen Raum“.

Aus einer schlechten Voraussetzung wollte auch Köthen das Potenzial zur Stadtentwicklung ziehen. „Homöopathie als Entwicklungskraft“ lautete das Thema vor Ort. Mitunter wissen Zugezogene und Vorortgeborene, dass der Erfinder der wirkstofflosen Medizin, Samuel Hahnemann, im 19. Jahrhundert 14 Jahre in der Kleinstadt gewohnt und dort einen Verein zur Verbreitung seiner Lehren gegründet hat. Dieser Sachverhalt gehört schließlich – mit Johann Sebastian Bach (Bonjour Tristesse Nr. 9) und der durch einen örtlichen Verein intensiv betriebenen „Sprachpflege“ – zu den Eckpfeilern des Stadtmarketings. Nun wollten die örtlichen Koordinatoren des „IBA“-Projektes die Homöopathie nicht nur zur nötigen Verbesserung der städtischen Reputation, sondern als Methode für den Stadtumbau selbst nutzen.

Allein der scheinwissenschaftliche Duktus und die Akribie, mit der die Stadtvertreter und Heilkundler die Suche nach jener Adaptionsmöglichkeit betrieben, ist erheiternd: „In Zeiten sinkender Einwohnerzahlen soll untersucht werden, ob die Therapieansätze der homöopathischen Medizin auch auf die Gesundung unseres Stadtkörpers angewendet werden können.“ Ein „interdisziplinäres Team aus Stadtplanern und homöopathischen Ärzten“ stieß dabei auf folgende Grundsätze der Homöopathie, die sich auf den Stadtumbau übertragen ließen: „Gering dosierte Arzneimittel sollen die Selbstheilungskräfte anregen“, und die Mittel werden nach dem „Ähnlichkeitsprinzip“ ausgesucht: „Der Erkrankte erhält ein Homöopathikum, das bei gesunden Menschen ähnliche Symptome erzeugt.“

Auf einem zur „IBA“ gehörigen Kongress war Raum für allerlei Gemeinplätze. Eine absehbare Folge, sobald sich die Gemeinsamkeit zweier Sachen auf die Differenz voneinander beschränkt. Ein Vertreter der Stadt schilderte die Sachfremde und Ahnungslosigkeit der Homöopathen als Quelle der Bereicherung. Er hätte durch den Austausch mit den Alternativmedizinern gelernt, „ergebnisoffen an Prozesse“ heranzutreten. Eine Korrektur des Haltungsschadens durch den „Blick von Außen“ erfuhr auch der Oberbürgermeister Kurt-Jürgen Zander. Er bezeichnete die Homöopathen als Querdenker, die immer wieder Gedanken gehabt hätten, auf die er selber gar nicht gekommen wäre – man „schmore schließlich im eigenen Saft“.

Nach dem Kongress sollten die Methoden der „sanften Medizin“ – offensichtlich das Gegenteil eines Stadtumbaus à la Speer – auf eine Straße in Köthen, in der ein Dutzend Häuser abgerissen werden sollte, übertragen werden. Die Stadtvertreter versuchten die Anwohnerschaft mit Plakaten an den betroffenen Häusern auf den bevorstehenden Abriss aufmerksam zu machen. Nachdem dieser „Impuls“ genannte Versuch bei den Anwohner auf keine Reaktion stieß, sollten drastischere Mittel die „Selbstheilungskräfte“ anregen. In einer Nacht wurde für eine Viertelstunde die Straßenbeleuchtung abgeschaltet und die vom Abriss betroffenen Gebäude mit Licht angestrahlt. Nach einem folgenden Treffen von Stadtvertretern und Anwohnern auf der besagten Straße zu Kaffee und Kuchen, bei dem es zu einem heftigen Streit gekommen sein muss, verwies ein Alternativmediziner in exponierter Position auf die Parallelen zum homöopathischen Behandlungsverlauf. Auch bei diesem käme es nach Beginn der Behandlung zu einer Verschlimmerung des Krankheitszustandes. Nach dieser kurzen Verstimmung haben die Bewohner einige – wirklich ausgesprochen schwachsinnige – Ideen vorgelegt, wie man ihre Straße „wiederbeleben“ könnte: Neben einem „Bürger-Solarkraftwerk“, das die allseitige Einhüllung einer Ruine mit Solarzellen vorsah, wollten sie ein leerstehendes Haus zu einem „Rucksackhotel“ umgestalten. Die Fassade des dazugehörigen Entwurfes erinnerte an azteki-

schen Holzschmuck und ließ vermuten, dass der „Postkult-Verein“ (Bonjour Tristesse Nr. 10) aus Halle zu den Pinseln gegriffen hatte.

Es bleibt nur noch abzuwarten, wann Halberstadt die Entwicklungskraft seiner Würstchen entdeckt und sich Stadtplaner mit Metzgern über Einsatzmöglichkeiten der Filetierung für den Stadtumbau unterhalten. Indes bleibt die Stadtverwaltung Köthens auf den Solidarpakt und Kredite angewiesen wie ein Schwerkranker auf harte Chemie und externe Geräte. *(haj)*

» Mord ist ihr Hobby

Als Ende des Jahres 2008 zwei Dessauer Polizisten vom zuständigen Gericht vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung des in Sierra Leone geborenen Oury Jalloh freigesprochen wurden, war nicht nur das antirassistische Who-is-Who über die Entscheidung empört. Auch die Presse skandalisierte das Urteil bundesweit. Beide ignorierten dabei mehrheitlich, dass der für den Freispruch verantwortliche Richter Steinhoff in seiner Begründung in aller Deutlichkeit monierte, dass diese Entscheidung nur aufgrund der Lügen und der Mauertaktik der befragten Polizisten zustande kam und damit keine Aufklärung im Rahmen des Verfahrens möglich gewesen sei. Eine Aussage, die in deutschen Gerichtssälen Seltenheitswert haben dürfte und Staatsanwaltschaft und Nebenklage geradezu aufforderte, mit einer Revision das Urteil anzufechten. Die antirassistische Szene sah das jedoch ganz anders und griff Steinhoff als Teil eines „staatlichen Rassismus“ an, ohne selbstverständlich irgendeinen Nachweis dafür anführen zu können.

Nun hat Anfang 2011 vor dem Magdeburger Landgericht, nach einer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht, der zu erwartende Revisionsprozess begonnen, was hallischen Antirassisten wieder Leben einhauchte und sie aus ihrem Dämmerschlaf erweckte. Berauscht von der Rückgewinnung des Hauptagitationsfeldes der letzten Jahre, zeigte man sich für diese Fügung des Schicksals dankbar und nahm die vorübergehend eingestellte Nachweisführung eines rassistischen Konsens’ in Deutschland wieder auf. Doch anders als im Vorfeld des ersten Prozesses, als antirassistische Gruppen noch einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran hatten, dass es überhaupt erst zu einer Hauptverhandlung gegen die angeklagten Polizeibeamten gekommen war, ist deren Aktivismus schon im Verlauf der ersten Instanz zur bloßen Folklore verkommen. Schlimmer noch: Mehr als zu Beginn des gerichtlichen Klärungsversuchs sind große Teile des Spektrums von einer realistischen Einschätzung des Falles mittlerweile so weit entfernt, wie Saudi-Arabien vom Gewinn der Hundeschlitten-Weltmeisterschaft.

So sprach im März 2011 einer der hallischen Antira-Häuptlinge in der Radiosendung „Linker Medienspiegel“ beim freien „Radio Corax“, unter namentlicher Nennung der Angeklagten, von einer „Ermordung“ Oury Jallohs. Weniger justiziabel, aber weithin sichtbar, agitierten die Vertreter direkter Demokratie, also der Willkürherrschaft, schon vorher mittels Plakaten – „Oury Jalloh – Das war Mord!“ – und versuchten mit dieser, aus anderen Zusammenhängen nicht ganz unbekannten und gänzlich unkomplexen Parole, einsame Seelen für den Kampf für die gute Sache zu gewinnen. Es wäre jedoch zu einfach, in der Behauptung „Mord!“ lediglich die Unkenntnis juristischer Fachbegriffe oder einen geschmacklosen, aber bewusst eingesetzten Eyecatcher zu sehen. Vielmehr transportiert die Unterstellung einen Aufruf zur Rache, zum Losschlagen, zur Lynchjustiz.

Denn je weniger sich im Prozessverlauf eine rassistische Judikative belegen ließ, desto vehementer musste auf Glaubensbekenntnissen, wie denen des Mordes, beharrt werden. Je stärker diese Radikalisierung auf allgemeine Ablehnung stößt, umso mehr gilt dies wiederum als Beweis der Richtigkeit des eigenen Denkens. So nimmt die zunächst durchaus wichtige Parteinahme für einen, für den sich zunächst niemand interessiert hatte, in der Transformation zur Einschätzung gesellschaftlicher Realität die Form einer Verschwörungstheorie an. Nur wer nichts anderes als eine rassistische Mehrheitsgesellschaft denken kann, erklärt abweichende Einschätzungen per se zur Kollaboration im Dienste des Rassismus. Seien es langjährige Unterstützer, seien es die über den Prozess berichtenden Medien oder all jene, die sich halbwegs im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte befinden. Der Antirassist glaubt an den rassistischen Staat wie der Dalai Lama an die Wiedergeburt.

Jedes Mittel scheint recht, um sich vor einer Realität zu schützen, die nicht in das eigene Schema passt. Das Bedürfnis ist offenkundig, das Gesetz angesichts eines bisher weitgehend ungeklärt gebliebenen Todesfalls selbst in die Hand zu nehmen. Den „Mörder“ zur Strecke zu bringen, wohl wissend, dass einer eines rassistischen Mordes Beschuldigter sogar in Sachsen-Anhalt einer hohen gesellschaftlichen Ächtung unterliegt, ist Ziel jeglicher Agitation. Motivation und Sinn dieses Handelns sind jedoch vom Ziel zu abstrahieren, denn sie sind im Individuum selbst angelegt. Individueller Seelenfrieden, ja ganze Aktivisten-Biografien stehen auf dem Spiel. Nur das erklärt den Fanatismus. Recht zu behalten ist die hauptsächliche Antriebskraft, nicht der schreckliche Tod eines Menschen, nicht der zweifellos widerwärtige Korpsgeist Dessauer Polizisten, nicht die katastrophalen Zustände, die zum Tod Oury Jallohs führten. Mord verjährt nicht, und wer Mörder ist, bestimmt die „Initiative Oury Jalloh“. Das Leben und Wirken der letzten Jahre wäre sinnlos, würde man sich eingestehen, dass es in Deutschland, und das hauptsächlich im Osten, zwar eine nicht zu unterschätzende Zahl rassistischer Gewalttaten gibt, von einer rassistisch geprägten Mehrheitsgesellschaft, die deutsche Antirassisten bei Strafe des Untergangs herbeireden, jedoch nicht die Rede sein kann. Wer anderes behauptet, ist entweder Ideologe, komplett bekloppt oder wohnt in der Sächsischen Schweiz. Nur letzteres ist auszuschließen. *(mab)*

» Ein Spiel auf Zeitz

Als der Kolumbianer Andrés Escobar bei der Fußballweltmeisterschaft 1994 kurz vor Abpfiff den Ball mutmaßlich unabsichtlich ins eigene Tor beförderte, besiegelte der damals 27-Jährige damit das Ausscheiden des Landes aus der WM-Endrunde. Nur wenige Tage nach der Rückkehr nach Kolumbien wurde Escobar vor einer Medellíner Bar von einem „Fan“ aufgelauert und mit mehreren Schüssen niedergestreckt. Bei jedem der elf abgegebenen Schüsse rief der Angreifer: „Tor!“ Der Mörder konnte kurz nach der Tat gefasst werden und wurde einige Monate später zu 43 Jahren Gefängnis verurteilt, nach nur elf Jahren aufgrund guter Führung jedoch vorzeitig entlassen.

Der Süden Sachsen-Anhalts ist nicht das Kolumbien der 1990er Jahre, dennoch muss insbesondere die Stadt Zeitz den Vergleich mit einem Medellíner Vorort nicht scheuen: Hier wie dort ist der Staat ein in der Ferne liegendes Gebilde, hier wie dort ist die Chance auf Entkommen und damit ein besseres Leben gering, und hier wie dort besteht in einigen Milieus die Tendenz, aufgrund von Banalitäten nach dem Leben des jeweils Nächsten zu trachten. Zeitz ist Symbol für gesellschaftlichen Verfall, für Resignation, und, weil es sonst nichts gibt, für die Rückbesinnung auf „das Eigene“. Wenn Sachsen-Anhalt ein Freiluftpark für ostzonale Zustände ist, dann ist Zeitz eines seiner politisch-kulturellen Zentren.

Der „1. FC Zeitz“ gehört ebenso wie die Farbe Aschgrau zum Kulturgut der Stadt. Der Verein hat in der 8. Liga eine passable Saison gespielt und konnte sich im oberen Drittel der Tabelle behaupten. Nach einer 1:4-Heimniederlage gegen den „SV Teuchern“ im März dieses Jahres erinnerte sich ein Fan dennoch an ruhmreiche Zeiten, in denen der Verein in der Oberliga spielte, dem DDR-Pendant zur Bundesliga. Er erinnerte sich wohl daran, dass damalige Branchengrößen wie „Hansa Rostock“, „Dynamo Dresden“ und „Union Berlin“ noch regelmäßig in der 20.000 Fußballfans fassenden und heute noch „Ernst-Thälmann-Stadion“ heißenden Anlage zu Gast waren. (Im Jahr der Fertigstellung des Stadions stieg der Verein leider ab, so dass das Eröffnungsspiel gegen „Dosza Budapest“ wohl das erste und letzte Spiel war, bei dem sich an der Bratwurstbude eine Warteschlange bildete.) Mutmaßlich der Schmerz über den Lauf der Zeit veranlasste einen der Zeitzer Fans zu einer Maßnahme, die wohl nicht

zufällig an die Praxis südamerikanischer Todesschwadronen erinnert: Handschriftlich verfasste er einen Brief an die Mannschaft, den er ohne Umweg über die Deutsche Post in den Briefkasten des Vereins warf. In dem Schreiben forderte er laut „Mitteldeutscher Zeitung“ den Rücktritt des Vereinsvorsitzenden und übte Kritik am Trainer. Darüber hinaus forderte er von der Mannschaft sportlichen Erfolg. Im Falle einer Pleite kündigte er an, „den schlechtesten Spieler“ zu erschießen. Unterschrieben wurde der Brief mit „Euer Bewunderer“.

Damit brachte der Täter das zutiefst widersprüchliche Verhältnis von Fußballfans zu ihren „Stars“ zum Ausdruck. Während – so viel Analyse zum Täterprofil sei hiermit gestattet – der seit Jahrzehnten treu zum Verein stehende „Bewunderer“ sich selbst und den Rest der engsten Fangemeinde für „den Verein“ hält, gelten ihm die in seinen Augen lustlos kickenden Spieler als vorübergehende Erscheinungen von begrenztem Wert. Ungeachtet der Entlohnung, die in der 8. Liga wohl bestenfalls in Höhe einer Fahrtkostenerstattung liegen dürfte, ist der „Bewunderer“ davon überzeugt, dass die Spieler lediglich „gekauft“ und damit ungeeignet seien, die Stadt Zeitz und den Verein – und damit ihn selbst – angemessen zu repräsentieren. Der Täter hat wenig, wofür es sich zu leben lohnt, und das, was er hat, ist der Samstagnachmittag beim „1. FC Zeitz“. Der „FC“ ist damit Strohhalm in einer Welt, die von Zeitz genauso wenig Kenntnis nimmt wie von ihm, und das findet der „Bewunderer“ ungerecht. In der Morddrohung steckt der hilflose Versuch, die Angst vor dem eigenen Untergang zu betäuben. Sie ist vom Wunsch geprägt, von einer als feindlich wahrgenommen Welt ernst genommen zu werden.

Nach einer aus Sicherheitsgründen anberaumten Spielpause von ca. zehn Tagen – die Polizei tappte nach Presseberichten bei der Fahndung nach dem Täter im Dunkeln – wurde der Spielbetrieb wieder aufgenommen. Der „Bewunderer“ stand vermutlich wie immer auf der Haupttribüne des „Ernst-Thälmann-Stadions“, trug seine Kutte und ertränkte seinen Kummer ein weiteres Mal in aus Plastikbechern genossenem Bier aus dem benachbarten Thüringen. Die ruhmreiche Zeitzer Brauerei wurde 1992 wegen ihres maroden Zustandes stillgelegt. Seit seiner Entlassung hat unser Mann die Zeit, den Fußball ernst zu nehmen. ***(meh)***

» Magdeburger Barbaren. Die X-te.

Magdeburg ist eine hässliche Stadt voll hässlicher Linker, und kaum jemand wird noch erwarten, dass die hässlichste Antifa des Ostens jemals zur Vernunft kommen wird. Deshalb ist es auch keineswegs verwunderlich, dass diese ihrem ordinären Antisemitismus erneut Ausdruck verlieh, als am Rande eines Naziaufmarschs eine kleine Gruppe von Gegnern die Flagge Israels zeigte. Wie in einem szeneinternen Fazit nachzulesen war, wurde sie sofort von den übrigen Gegendemonstranten „entwendet“. Fadenscheinig distanzierten sich die Schreiber zugleich „entschieden“ von dieser Aktion, ganz so, als hätten die Organisatoren der Proteste nicht schon zuvor gewusst, mit wem sie in Magdeburg Bett und Tisch teilen.

Zustimmung erhielt der Mob hingegen von jener gegnerischen Straßengang, der er zum Verwechseln ähnlich ist, die er aber hasst, bis der Arzt kommt. Die Magdeburger Antifa lässt dabei jedoch jene Geradlinigkeit vermissen, mit der der rappende Stalinist „Makss Damage“ jüngst die Seiten wechselte und damit einmal mehr bewies, dass die Verwandlung vom linken Antiimperialisten zum bekennenden Nationalsozialisten keinen Anlass zur Verwunderung darstellt, sondern die notwendige Konsequenz einer Ideologie ist. In Magdeburg ticken die Uhren jedoch bekanntermaßen anders: Hier können Leute, die (lange bevor „Makss Damage“ einen gleichlautenden Titel veröffentlichte) „Tötet den Antideutschen“ an Häuserwände schmierten, sich auch weiterhin als Linke unter Gleichen fühlen und aus den selben Töpfen naschen, wie jene, die sich angeblich „entschieden“ gegen derlei „Volxsport“ aussprechen. ***(uci)***

Wehret den Anfängen!

Egal, welche der unzähligen Programme, Kampagnen und Initiativen von Umwelt-, Heimat- und Naturschützern man sich auch anschaut, sie lassen sich grundsätzlich auf zwei gemeinsame Nenner bringen: Verzicht und Menschenhass. Denn niemals ist darin vom Glück des Menschen als programmatischem Ziel die Rede. Und immer soll das Individuum zu Gunsten eines Höheren – des Klima oder des Juchtenkäfers – menschheitlichen Errungenschaften wie hübschen Bahnhöfen, Mobilität oder Genüssen ganz und gar privater Art entsagen. Auf letztere haben es die hallischen Aktivisten der Umweltorganisation „Greenpeace“ abgesehen: „Im Rahmen der bundesweiten Initiative ‚Donnerstag ist Veggietag‘“, so einer der hallischen Freunde von Mutti Erde, „wollen wir erreichen, dass in den Mensen des Studentenwerks Halle an einem Tag der Woche keine fleisch- und wursthaltigen Speisen serviert werden.“ („Frizz“, Mai 2011) Als Motiv des geplanten Übergriffs auf die Teller hungriger Studenten geben die NGO-ler an, das „Welternährungsproblem“ angehen und „viel CO2 [...] sparen“ zu wollen. In anderen Städten der Republik hatte die Initiative bereits Erfolg. So hat Leipzig seit kurzem seinen „Veggieday“ – vorerst jedoch nur zweimal pro Semester. Und auch die Stadt Bremen (deren Bürgermeister sich der brieflichen Anordnung des Ex-Beatles und Veganfaschisten Paul McCartney beugte, einen vegetarischen Wochentag einzuführen) rühmt sich seit 2010 mit einem fleischfreien Donnerstag.

Der erste Vorstoß der Grünkernbratlingfreunde auf einer Sitzung des hallischen Studierendenrates Ende April 2011, bei der sie errechnete 300 Tonnen eingespartes CO2 als Hauptargument anführten, hatte nur mäßigen Erfolg. Ihr Antrag auf vegetarische Zwangsernährung der Mensagänger wurde zwar in seiner ursprünglichen Form mit durchaus vernünftigen Argumenten, wie der Mündigkeit der Studenten und der Privatsache der Nahrungsmittelwahl, abgelehnt. Einen kleinen Sieg konnten die Aktivisten von „Greenpeace“ dennoch verbuchen, erhielten sie doch Unterstützung durch anwesende Sozialdemokraten und die „Grüne Hochschulgruppe“. Statt den Antrag aufgrund seines autoritären Gestus völlig zu verwerfen und die Klimafreunde dahinzuschicken, wo der Dinkel wächst, entschied der Studierendenrat, die Sache grundsätzlich zu unterstützen. Das Gremium stimmte für einen „Veggieday light“, an dem „die Anzahl der vegetarischen Essen und der nicht-vegetarischen Essen für einen Tag der Woche getauscht wird und die Vielfalt der vegetarischen Essen generell erweitert wird“. Die hallische Ortsgruppe von „Greenpeace“ verbuchte den Beschluss dementsprechend als Teilerfolg und drohte damit, dran bleiben zu wollen.

Dass der grüne Frieden, den die hallischen Aktivisten mit dem „Veggietag“ verwirklichen wollen, ein Friedhof für den Genuss wäre, kann jeder bestätigen, der verwegen genug war, in Halles Mensen Gerichte wie „Brokkoli-Nussecke“, „Sellerie-Schnitzel“ oder „Bunte Nudelpfanne“ zu probieren. Doch es geht um mehr als nur Genuss. Es gilt nicht nur zu verhindern, dass aus einem fleischarmen ein fleischfreier und aus einem fleischfreien Tag eine ganze Woche wird und die Zeiten von Schnitzel, Wurstgulasch und Hamburger für Halles Studenten endgültig gezählt sind. Denn die Umweltaktivisten werden nicht bei den Tellern der Studenten aufhören. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie ausrechnen, wie viel Tonnen Kohlendioxid durch das Vermeiden von Duschbädern, durch das Tragen von Baströcken und Jutehosen, durch den Verzicht auf Rauschmittel und auf Urlaubsreisen während der Semesterferien eingespart werden könnte. Deshalb muss gelten: Kein Fußbreit für „Greenpeace“ – hier und überall! ***(knut)***

V.i.S.d.P.: P. Finow, An der Magistrale 89, 06124 Halle (Saale), Kontakt: tristesse@freenet.de